

«Next Generation EU»: Fiskal- und Transferunion rückt näher

Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, Wetzwil

Europa wird von der Corona-Pandemie schwer getroffen. 2020 könnte das Bruttonsozialprodukt um 7% bis 8% einbrechen, so schätzt die EU-Kommission in ihrem Frühjahresgutachten. Nachdem die EU-Politelite anfänglich kaum auf die Pandemie reagierte, versucht sie nun mit milliardenschweren Rettungspaketen ihre Führungslosigkeit zu übertünchen und einen Zusammenbruch der EU und des Euros zu verhindern. Wie in der Geschichte schon oft erlebt, probiert die Politik aber gleichzeitig die Gunst der Stunde zu nutzen. Mit Milliarden von Steuergeldern soll die EU-Wirtschaft ideologisch grün/links motiviert umgebaut und die Umverteilung, diesmal vor allem vom Norden in den Süden Europas, massiv ausgebaut werden. Der nächste Schritt hin zur Fiskal- und Transferunion wird unter dem Deckmantel «Corona-Hilfspakete» planmäßig vollzogen. Der Löwenanteil der Hilfsgelder geht denn auch an Regierungen und nur ein kleiner Teil an die Privatwirtschaft. Über Kontrollen und Sanktionen im Betrugsfall verliert die EU in ihren zahlreichen Berichten und Grundlagenpapieren kein einziges Wort.

Die zwei bereits beschlossenen und das für den 19. Juni 2020 am EU-Rats-Gipfel (der EU-Staats- und Regierungschefs) traktierte EUR 750 Mrd. Hilfsprogramm summieren sich auf EUR 1'327 Mrd. Dazu kommen nationale Konjunkturprogramme in zusammengerechnet noch grösseren Milliardenbeträgen. Vergleicht man diese Finanzhilfen mit dem von den EU-Konjunkturexperten erwarteten BIP-Rückschlag bis 2021, dann stellt man fest, dass die EU und die nationalen Regierungen ein Mehrfaches dieser Einbussen ausgeben wollen, denn die Politik will nicht primär die Konjunktur wieder in Fahrt bringen, sondern die EU-Wirtschaft über Jahre in Richtung «Grün» und «Digitalisierung» umbauen. Auch die EZB wird zur Rettung der EU und des Euros instrumentalisiert, indem diese unter Druck gesetzt wird, Anleihen in einem noch nie erlebten Ausmass aufzukaufen. Die Monetisierung der Staatsdefizite ist in vollem Gange. Seit Beginn der Corona-Krise im März 2020 bis Mitte 2021 sollen Anleihen im Betrage von EUR 1'350 Mrd. aufgekauft werden.

Die ersten beiden Hilfsprogramme (Soforthilfe von EUR 37 Mrd. / Rettungspaket EUR 540 Mrd.) berühren den EU-Haushalt nicht, aber die EU-Politelite tut so, als ob sie die Unterstützung der Wirtschaft aus ihrem eigenen Budget bezahlen würden. Das erste EUR 540 Mrd. schwere Hilfsprogramm besteht in einer Aufstockung des Eigenkapitals von neuen (EU-Arbeitslosenfonds «Sure») und bisherigen (Europäische Investitionsbank) EU-Institutionen mit EUR 50 Mrd. nationalen Mitteln, damit diese beiden Institutionen danach EUR 300 Mrd. neue Schulden aufnehmen können. Die Soforthilfe von EUR 37 Mrd. wird aus bestehenden Kohäsionskassen ausgeschüttet und die vermeintlich neuen Hilfen des ESM (Europäischer Rettungsschirm) sind nichts anders als die bisher noch nicht genutzten Kredit-Limiten. Allerdings wird auch der ESM dazu am Kapitalmarkt neue Anleihen in Höhe von EUR 240 Mrd. aufnehmen müssen.

Weit problematischer erschien das neue EUR 750 Mrd. schwere EU-Hilfsprogramm «Next Generation EU», denn dieses soll ebenfalls über den Kapitalmarkt finanziert werden. Die Rückzahlung dieses Betrages wird die nationalen Staatsrechnungen dennoch massiv belasten, denn EUR 500 Mrd. werden als Zuwendungen (Geschenken) verteilt. Diese müssen dann mit auf 2% des BIP erhöhten EU-Direktbeiträgen durch die EU-Mitgliedsländer abgestottet werden. Die EU hat aus der Schuldenkrise 2010 nichts gelernt und begeht die gleichen Fehler wie damals. Statt «erst Reformen, dann Geld», werden Milliarden verteilt, die Reformen erneut verzögern. Damit wachsen die Schuldenberge auf ein untragbares Ausmass an. Die EU-Experten glauben dennoch allen Ernstes, dass sich diese Hilfspakete selbst finanzieren werden.

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
1. Die SURE / EIB / ESM Pandemie-Hilfe von EUR 540 Mrd.	4
1.1. SURE	
1.2. EIB	
1.3. ESM	
1.4. Unsinnige EUR 37 Mrd. Soforthilfe	
2. Das «Next Generation EU»-Programm	6
3. Das «Next Generation EU-Programm» finanziert sich selbst	8
4. Das gemeinsame Grundlagenpapier der EU	9
4.1. Wirtschaft	9
4.1.1. Bruttonsozialprodukt	
4.1.2. Verluste der Unternehmen und der Haushalte	
4.1.3. Investitionslücken	
4.1.4. Strategisch wichtige Wirtschaftssektoren	
4.2. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt	14
4.2.1. Arbeitslosigkeit	
4.2.2. Beschäftigung	
4.2.3. Löhne	
4.3. Auswirkungen auf die Staatshaushalte	16
4.3.1. Budgetdefizite	
4.3.2. Staatsverschuldung	
4.3.3. Staatsquote	
5. Der politisch verordnete Umbau der EU-Wirtschaft	18
5.1. Staatliche Reformen und Investitionen	
5.2. Anreize für private Investitionen	
5.3. Beseitigung von Mängeln der Corona-Krise	
5.4. Dschungel von Sonderfonds der EU	
6. Zahler und Empfänger des Geldsegens	21
6.1. Nettoempfänger	
6.2. Auch Geschenke sind nicht gratis	
6.3. Nationale Programme mit «Next Generation EU» vermischt	
7. Die Finanzierung des EUR 750 Mrd.-Paketes	24
7.1. Nationale EU-Direktbeiträge	
7.2. EU-Eigeneinnahmen	
7.3. EU-Bonds ohne Solidarhaftung	
8. Die Verpolitisierung der EZB	25
8.1. Monetisierung der Staatsschulden schreitet voran	
8.2. Neue Monster-Anleihensaufkaufprogramme	
9. «Next Generation EU»-Hilfspaket mit viel politischem Sprengstoff»	27
9.1. Unzufriedene Süd- und Nordeuropäer	
9.2. Arbeitslosigkeit und Frustration werden Rechtstrend begünstigen	
9.3. Wirtschaftliche und politische Risiken nehmen zu.	

«Next Generation EU»: Fiskal- und Transferunion rückt näher.

Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, Wetzwil

Wäre die Schweiz Mitglied der EU, müsste die hiesigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von 2021 an wohl jährlich mindestens CHE 14 Mrd. bzw. 2% des nominellen Bruttoinlandproduktes Direktbeiträge an den EU-Haushalt abliefern. Dazu kämen weitere Abgaben wie Zölle, die nicht mehr in die Bundeskasse, sondern nach Brüssel flössen. Insgesamt würde sich der Schweizer Beitrag somit auf rund CHF 16 Mrd. oder verglichen mit unserem nationalen Bundesbudget 2020 von CHF 79 Mrd. auf rund 20.3% belaufen. Pro vierköpfige Familie errechnet sich ein Betrag von über CHF 7'500 pro Jahr. Der mit 32'000 Stellen dotierte EU-Beamtenapparat und die EU-Politelite benötigen dieses Geld, um sich mit drei Hilfsprogrammen, die sich zusammen auf EUR 1'327 Mrd. summieren, als «Retter der Welt» aufspielen zu können. Das EU- Wiederaufbauprogramm ist jedoch kein Konjunkturpaket. sondern es dient vorab einem ideologisch motivierten Umbau der Wirtschaft und der Umverteilung im grossen Stil. Mit dieser Milliardenoffensive sollen wohl die Hilflosigkeit und die Führungsmängel der EU-Führung zu Beginn der Corona-Pandemie übertüncht werden. Die EU-Politelite versucht mit ihrer Spendierfreudigkeit aber auch ihre gutdotierten Ämtchen und Pfründe zu retten, indem sie vor allem Projekte zugunsten ihrer grün-linken Wahlklientel finanziert. Gleichzeitig soll die wachsende EU-Verdrossenheit in Südeuropa ausgebremst und ein Zerfall der EU und ein Aufbrechen des Euros verhindert werden.

Es ist ja nicht das erste Mal, dass die EU-Politelite in Brüssel grossangelegte Pläne für ein «Neues Europa» ankündigt. Diesmal dient die Corona-Pandemie als willkommener Anlass dazu, die Macht der EU-Zentrale mit einem einzigen grossen Schritt substanzial auszubauen. Getreu dem Motto eines der Gründerväters der EU, Jean Monnet, jede Krise als Chance für eine forcierte Integration zu nutzen, indem dem Volk die Zentralisierung der Macht als Lösung der Probleme angepriesen wird, versucht die Brüsseler EU-Zentrale auch diesmal diese einmalige Gelegenheit zu nutzen. Die seit dem 1. Dezember 2019 amtierende neue EU-Kommissonspräsidentin van der Leyen (CDU / Deutschland) versucht krampfhaft, die anfängliche Führungslosigkeit der EU bei der Pandemiebekämpfung nun mit Milliardenausgaben in Form von Wiederaufbauprogrammen zu kaschieren. Mit dem Begriff Wiederaufbau will sie wohl vor allem ihren deutschen Landsleuten suggerieren, dass es sich um eine ähnlich heroische Phase wie nach dem Zweiten Weltkrieg handle, als die vielgerühmten «Trümmerfrauen» und andere Freiwillige die ausgebombten Städte räumten und wieder aufbauten. Dieser Vergleich ist absurd, denn es geht bei der geplanten Geldverteilung nicht um einen Wiederaufbau, sondern lediglich um Umverteilung in grossem Stil vom vermeintlich reichen Deutschland und anderen Nordländern in den Süden Europas und um einen ideologischen Umbau der Wirtschaft. Auf einen Schlag rückt die EU ihrem Ziel einer Fiskalunion wieder einen Schritt näher.

Nachfolgend sollen die drei EU-Programme kurz umschrieben und beurteilt werden:

SURE / EIB / ESM	EUR	540	Mrd.
Soforthilfe aus Kohäsionskasse	EUR	37	Mrd.
«Next Generation EU»	EUR	750	Mrd.
Total	EUR	1'327	Mrd.

1. Die SURE / EIB / ESM Pandemie-Hilfe von EUR 540 Mrd.

Bereits am 23. April 2020 gab die EU, nach Absegnung durch den EU-Gipfel, ein Hilfsprogramm in Höhe von EUR 540 Mrd. bekannt. Die Hilfen sollen zum 1. Juni 2020 bereitstehen. Bei dieser Gelegenheit bekräftigte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel einmal mehr, dass sie sich gegen eine Vergemeinschaftung der Schulden stelle und Euro-Bonds ablehne, wie sie Italien, Spanien und Frankreich fordern. Das EUR 540 Mrd. Paket setzt sich aus drei Teilpaketen zusammen, jeweils ein „Sicherheitsnetz“ für Jobs, für kleine und mittlere Unternehmen und für angeschlagene Staaten wie Italien oder Spanien, die ohnehin schon hoch verschuldet sind, und nun auch noch von der Corona-Pandemie schwer getroffen werden.

- **EUR 100 Mrd.** Das Konzept „SURE“ der EU-Kommission dient zur Unterstützung der Kurzarbeiterentschädigung in den EU-Staaten. Dafür sollen die EU-Staaten EUR 25 Mrd. als Garantien hinterlegen. Mit dieser Rückendeckung nimmt die EU-Kommission bis zu EUR 100 Mrd. zu günstigen Konditionen am Kapitalmarkt auf und reicht sie nach Bedarf für Kurzarbeit an EU-Staaten weiter. So sollen Jobs erhalten werden.
- **EUR 200 Mrd.** Ein Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB), den die EU-Staaten ebenfalls mit EUR 25 Mrd. dotieren sollen, dient zur Absicherung von EIB-Unternehmenskrediten. Die EIB will so bis zu EUR 200 Mrd. an Liquidität mobilisieren, hauptsächlich für den Mittelstand.
- **EUR 240 Mrd.** Als dritte Element kommen die vorsorglichen Kreditlinien des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM hinzu. Anders als für die ESM-Hilfen während der Euro-Krise werden für diese „Pandemie-Krisen-Hilfe“ keine Sparprogramme gefordert. Es gibt lediglich nur eine Vorgabe: Das Geld darf nur für direkte oder indirekte Gesundheitskosten verwendet werden. Bis zu EUR 240 Mrd. an Krediten könnten fliessen, an jedes Empfängerland bis zu 2% seines Bruttoinlandsprodukts.

Dieses hochgejubelte EUR 540 Mrd. Hilfsprogramm wird den EU-Haushalt nicht tangieren, denn die Einschüsse in das Konzept «Sure» und in den Garantiefonds der EIB von je EUR 25 Mrd. müssen die nationalen Staaten aufbringen bzw. garantieren. Die übrigen Mittel sollen sich die drei Institutionen am Kapitalmarkt besorgen, was ein Emissionsvolumen von EUR 540 Mrd. bedeutet. Die EUR 240 Mrd.-Hilfe des ESM sind nichts anderes als die noch nicht genutzten Kredit-Limiten und keine neuen Hilfsgelder. Die EU brüstet sich mit einer Geldverteilung, deren Finanzierung am Kapitalmarkt erfolgen soll. Diese aufgenommenen Anleihen des «Sure» und des ESM müssen eines Tages von den Staaten zurückbezahlt werden, die Gelder bezogen haben. Auch die von der EIB finanzierten Unternehmen müssen diese Kredite abstottern. Diese künftigen Verpflichtungen werden von der EU offensichtlich geistig verdrängt, als ob keine Rückzahlungspflicht bestehen würde. Werden diese Gelder nicht zurückbezahlt, müssen die übrigen EU- bzw. Euro (ESM) Staaten dafür mithaften.

Zur Bewältigung der Finanzkrise 2008 und der nachfolgenden Staatsfinanzkrisen hat die EU bzw. die Eurozone bekanntlich einen Rettungsschirm, erst ESM später ESFS genannt, mit einem Kreditvergabeprogramm von EUR 500 Mrd. auf die Beine gestellt. Die daran beteiligten Eurozone-Länder haften dabei mit dem von ihnen gezeichneten Kapital von EUR 704.8 Mrd. Effektiv einbezahlt wurden bisher jedoch nur EUR 80.55 Mrd. Heute hat der ESM/ESFS insgesamt Kredite in Höhe von EUR 264.5 Mrd. ausstehen. Der ESFS verfügt somit noch über ein Finanzierungspotential von EUR 235.5 Mrd. Aber der ESFS ist nur zur Finanzierung von notleidenden Eurozone-Ländern und nicht aller EU-Länder vorgesehen. Die Empfängerländer selbst garantieren dabei auch für die ESFS-Anleihen. Der Haftungsbetrag dieser 5 bisher mit ESFS-Geldern geretteten Länder beträgt EUR 133 Mrd. bzw. 19%. Kämen nun noch Italien und Frankreich als Problemländer dazu, dann würde sich die Haftung dieser Länder auf 57%

summieren. Als Anleger muss man sich deshalb wohl bald fragen, warum die Rating Agenturen einem solchen Schuldner wie dem ESM/ESFS die Bonitätsnote AAA zu verleihen. Es erscheint doch logisch, dass zahlungsunfähige Länder nicht als Garanten für einen Fonds auftreten können, von dem sie selbst Notkredite erhalten haben. Im Notfall wird Deutschland zwar für die gezeichneten EUR 190 Mrd. Haftungskapital geradestehen müssen, aber keine Solidarhaftung für die insolventen übrigen Euro-Länder übernehmen müssen.

	Maximum	24.05.2020	amortisiert	nächste Rate	letzte Rate
Griechenland	190.8	190.8	0.0	24.02.2023	19.12.2070
Irland	18.4	18.4	0.0	01.08.2029	17.11.2042
Portugal	27.3	25.3	-2.0	03.12.2025	17.07.2040
Zypern	6.3	6.3	0.0	15.12.2025	08.10.2031
Spanien	41.3	23.7	-17.6	12.02.2022	13.12.2027
Total	284.2	264.5	-19.6		
Nicht genutzt	215.8	235.5			
Total	500.0	500.0		Maximaler Finanzierungsrahmen ESM/ESFS	

2008 wurde hoch und heilig versprochen, dass dieser Euro-Rettungsschirm «ESM/ESFS» eine einmalige Angelegenheit sei. Die neuen Hilfsprogramme beweisen das Gegenteil.

Unsinnige EUR 37 Mrd. Soforthilfe

Gleichzeitig kündigte die EU-Kommission auch eine EUR 37 Mrd. Soforthilfsprogramm an. Auch dieses Programm für die stark von der Corona-Pandemie betroffene Länder löste keine Geldeinschuss in den EU-Haushalt aus, denn bei diesen gesprochenen Beträgen handelte es sich lediglich um Mittel aus dem Kohäsionsfonds, die noch nicht für konkrete Projekten von den einzelnen Ländern beansprucht wurden. Die Soforthilfe werden nach den Regeln des Regionalhilfe-Programmes verteilt, weshalb es zu unsinnigen Zuteilungen kam, die kaum etwas mit dem Ausmass der Betroffenheit durch die Corona-Pandemie zu tun haben.

Indicative breakdown by Member State of investment volumes under the Coronavirus Response Investment Initiative								EU-Hilfe in EUR pro		
in EUR Mio.	Baraus- schüttung	EU-Budget	Total	Anteil in %	Einwohner 2019	Infizierte	Tote	EU-Hilfe in EUR pro		
								Einwohner	Infizierten	Totesfall
Belgien	37	29	66	0.2	11.46	56'511	9'212	6	1'168	7'165
Bulgarien	122	690	812	2.2	7.00	2'372	125	116	342'327	6'496'000
Dänemark	18	20	38	0.1	5.81	11'428	561	7	3'325	67'736
Deutschland	328	498	826	2.2	83.02	179'150	8'219	10	4'611	100'499
Estland	73	222	295	0.8	1.32	1'807	64	223	163'254	4'609'375
Finnland	24	24	48	0.1	5.52	6'537	306	9	7'343	156'863
Frankreich	312	338	650	1.7	67.01	181'951	28'218	10	3'572	23'035
Griechenland	355	1'421	1'776	4.8	10.72	2'853	168	166	622'503	10'571'429
Irland	1	1	3	0.0	4.90	24'391	1'583	1	123	1'895
Italien	853	1'465	2'318	6.2	60.36	228'006	32'486	38	10'166	71'354
Kroatien	174	984	1'158	3.1	4.08	2'243	99	284	516'273	11'696'970
Lettland	118	674	792	2.1	1.92	1'030	22	413	768'932	36'000'000
Litauen	222	1'264	1'487	4.0	2.79	1'604	61	532	927'057	24'377'049
Luxemburg	1	1	2	0.0	0.61	3'980	109	3	503	18'349
Malta	9	39	48	0.1	0.49	600	6	97	80'000	8'000'000
Niederlande	14	11	25	0.1	17.28	45'088	5'807	1	554	4'305
Österreich	13	6	19	0.1	8.86	16'436	635	2	1'156	29'921
Polen	1'125	631	7'435	19.9	37.97	20'379	973	196	364'836	7'641'316
Portugal	405	1'407	1'813	4.9	10.28	30'200	1'289	176	60'033	1'406'517
Rumänien	491	2'588	3'079	8.3	19.41	177'112	11'159	159	173'837	2'656'601
Schweden	23	23	46	0.1	10.23	32'809	3'925	4	1'402	11'720
Slowakei	527	1'948	2'475	6.6	5.45	1'503	28	454	1'646'707	88'392'857
Slowenien	115	471	586	1.6	2.08	1'468	106	282	399'183	5'528'302
Spanien	1'161	2'984	4'145	11.1	46.94	233'037	27'940	88	17'787	148'354
Tschechien	294	869	1'163	3.1	10.65	8'757	306	109	132'808	3'800'654
Ungarn	855	4'748	5'603	15.0	9.77	3'578	476	573	1'565'959	11'771'008
Zypern	7	39	45	0.1	0.88	923	17	51	48'754	2'647'059
Subtotal EU-27:	7'678	29'073	36'751	98.5	446.82	1'116'353	123'900	82	32'921	296'618
Grossbritannien	244	311	555	1.5	66.65	252'246	36'124	8	2'200	15'364
Total EU-28	7'922	29'384	37'306	100.0	513.47	1'368'599	160'024	73	27'259	233'128

Verteilschlüssel EU-Kommission 13. März 2020 European Coordinated Response on Coronavirus: Questions and Answers

Einwohner: Eurostat

Corona Infizierte und Tote: John Hopkins Universität 22.5.2020

2. Das «Next Generation EU»-Programm

Schon bevor die EU-Kommission am 27. Mai 2020 ihr EUR 750 Mrd. schweres **«Next Generation EU»-Programm** ankündigte, versuchten sich EU- und nationale Politgrößen mit Milliarden-Forderungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie medienträchtig zu profilieren.

Am 13. Mai 2020 hat das **EU-Parlament ein Monsterprogramm von EUR 2'000 Mrd.**, was etwa 11 Jahresbudgets der EU entsprochen hätte, vorgeschlagen. Ein Grossteil davon sollte in Form von Zuwendungen (Geschenken) an die Regierungen zur Sicherung der Wirtschaft und der Sozialwerke gehen. Die rund 40 Abgeordneten, die im Plenarsaal mit mehr als 700 Plätzen anwesend waren, stimmten überein, dass die EU schnellstens einen höheren gemeinsamen Haushalt und einen gigantischen Fonds für Wiederaufbau nach der Pandemie benötige. Die «Homeoffice»-Parlamentarier konnten lediglich zuhören aber nicht mitreden. Während der EU-Kommission damals noch eher EUR 1'000 Mrd. dafür vorschweben, legte die Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Iratxe Garcia Perez, gleich das Doppelte vor. Sie forderte EUR 2'000 Mrd. für den Wiederaufbau der von der Corona-Pandemie gebeutelten Wirtschaft und Gesundheitssysteme. Der Vertreter der linken Fraktion, Martin Schirdewan, forderte Steuern für Reiche, Lohnerhöhungen für den Niedriglohnsektor und eine Ende der sparsamen Haushaltsführung in den Mitgliedsstaaten in der EU, um den Wiederaufbau zu finanzieren. Liberale und Grüne verlangten nicht nur eine Wiederbelebung der Wirtschaft, sondern gleichzeitig einen grundlegenden Umbau: Mehr Investitionen für den Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und digitale Techniken. Der Chef der Christdemokraten, der grössten Fraktion im EU-Parlament, Manfred Weber, erinnerte wie die meisten anderen Redner daran, dass die EU aus Krisen in der Vergangenheit immer gestärkt hervorgegangen sei. Im Übrigen dürfe man die Landwirtschaft und die Bauern im Aufbauprogramm nicht vergessen. Diese Forderung ist typisch für das Verhalten von EU-Parlamentariern, die krankhaft versuchen, für ihre eigene Wahlklientel Gelder aus der EU-Kasse zu ergattern. Bayern ist bekanntlich das grösste Agrarbundesland Deutschlands und Weber stammt aus Bayern.

EU-Ratspräsident Charles Michel aus Belgien, gab bekannt, dass die EU-Kommission Wege prüfe, bis zu EUR 1'500 Mrd. zusätzliche Investitionen anzustossen.

Auch der französische **Staatspräsident Macron** spürte mit seiner Forderung einer **EUR 1'500 Mrd. nur teilweise rückzahlbarer** Hilfe der EU vor und fand dafür selbstverständlich in **Italien und Spanien** grosse Unterstützung. Der französischen EU-Industriekommissar Thierry Breton, sprach von einem nötigen Wiederaufbauprogramm von EUR 1'600 Mrd. Spaniens Regierung hat ein Programm über EUR 1'500 Mrd. vorgeschlagen. Umverteilung von Europas Norden in den Süden, wozu auch Frankreich zählt, ohne Rückzahlungspflichten, steht dabei im Vordergrund. Je höher die anfänglichen Forderungen, um so bescheidener erscheinen dann die effektiv beschlossenen, immer noch gigantischen Milliardenpakete. Dieses psychologisch geschickte Vorgehen scheint Teil einer grossangelegten Offensive zur Anmassung neuer Kompetenzen und zur Lancierung neuer Umverteilungsprogramme der EU-Politelite zu sein.

Zudem versuchten **einzelne EU- und nationale Politiker** sich in den letzten drei Monaten mit masslosen Forderungen zu profitieren. Die waghalsige Geldverteilung wundert nicht, denn die Regierungen glauben mit der Monetisierung ihrer Staatsschulden durch die EZB seien ihre Finanzprobleme auf Jahrzehnte gelöst und mit Nullzinsen oder sogar Erträgen aus Negativzinsanleihen würde ihre Staatsrechnung nie mehr belastet. Um die eigenen Staatsbilanzen zu schönen, werden auch immer mehr Schulden an nahestehende Institutionen wie die EIB und den ESM/ESFS abgetreten und neue sind bereits in der Pipeline (Arbeitslosenfonds «SURE»). Aber diese fordern für gewährte Kredite die Einhaltung von gewissen Auflagen, die auch eine Rückzahlung der Kredite und Sparmassnahmen beinhalten. Eine solche Einengung des finanziellen Handlungsspielraums wollen aber die meisten Politiker nicht akzeptieren. Deshalb soll nun die EU als weiterer neuer Schuldentopf herangezogen werden.

Wegen dieses Wirrwars von Ankündigungen und Forderungen der Politik wird es für Normalbürger immer schwieriger, eine Übersicht darüber zu kriegen, was Massnahmen

im Notrecht, beschlossene Programme, oder Vorhaben sind, die noch die Zustimmung nationaler Parlamente erfordern. Ob es sich um effektive Geldflüsse oder lediglich um Garantien, Bürgschaften, Kredite, Steuernachlässe oder um Zuwendungen (Geschenke) handelt, wird ebenfalls nicht klar und eindeutig dargestellt. Oft plustern sich EU- und nationale Politiker auch damit auf, dass sie Beiträge an Investitionen in Aussicht stellen (z.B. 10% oder 20% der Investitionssumme), bei der Bekanntgabe der Grösse des Hilfspaketes aber den gesamten, in keiner Weise gesicherten Investitionsbetrag, einbeziehen. Dass Konjunkturpakete auch Trittbrettfahrer anzieht, die sich ihre Investitionen vom Staat mitfinanzieren lassen, die sie ohnehin getätigt hätten oder Investitionen vorziehen, womit diese dann zu einem späteren Zeitpunkt fehlen, ist üblich, wird aber gerne verschwiegen.

Wiebettet sich die «Next Generation EU»-Offensive der EU in den Haushalt der EU ein, und wie vergleicht sich dieser Betrag mit den übrigen Massnahmen der EU und ihren Mitgliedsländern? Bis zum 1. Mai 2020 sollen die Regierungen der EU-Mitgliedsländer gemäss dem EU-Expertenbericht Hilfsprogramme in Höhe von EUR 1'900 Mrd. angekündigt haben. Darin enthalten sind nur jene, für die die nationalen Regierungen eine Ausnahmeverfügung der EU benötigten, d.h. ohne Arbeitslosenhilfen für Kurzarbeit etc. Dazu kommt ein auf EUR 1'100 Mrd. (+15%) erhöhtes EU-Budget für die Jahre 2021-2027, die zwei EU-Programme mit EUR 540 Mrd. und EUR 750 Mrd. und das Soforthilfeprogramm aus dem Kohäsionsfonds von EUR 37 Mrd. Deutschland soll gemäss der EU-Kommission das umfangreichste nationale Hilfsprogramm mit EUR 996 Mrd. lancieren, was 29% des deutschen BIPs entsprechen soll und 52% aller nationalen Hilfsprogramme darstellt. Frankreich bringe EUR 324 Mrd. (13.4% des BIP), Italien EUR 302 Mrd. (17% des BIP) und Belgien rund EUR 54 Mrd. (11% des BIP) auf. In den meisten EU-Ländern stellen sich die Hilfsprogramme auf etwas über 10% des BIP, während sich Spanien bisher mit 2.2% begnügt. Das Ausmass der Hilfsprogramme muss sich teilweise eben nach den möglichen Finanzressourcen der Staaten richten.

Übersicht über die Budgets und Hilfsprogramme der EU		EUR Mrd.
Nationale Hilfsprogramme bis 1.5.2020 gemäss EU-Kommission		1900
davon	Deutschland	996
	Frankreich	324
	Italien	302
	Belgien	54
Erstes Hilfsprogramm für Sure, EIB und ESM		540
"Next Generation EU		750
Soforthilfe aus Kohäsionsfonds		37
Erhöhtes EU-Budget (+ 15%) für 2021-2027 Total		1100
Budgetdefizite der EU-Länder 2020 und 2021		2234
Total		6561

Die EU-Kommission räumt fairerweise ein, dass in den aufgeführten EUR 1'900 Mrd. für nationale Hilfsprogramme viel Luft enthalten ist. Ein grosser Teil davon betrifft die ordentlichen Aufwendungen für die Kurzarbeit und die höhere Arbeitslosigkeit, die kein Hilfsprogramm im eigentlichen Sinne darstellen. Dazu kommen umfangreiche Garantien und Bürgschaften für KMU und andere Kredite durch den Staat. Andererseits sind in diesen EUR 1'900 Mrd. auch einige nationale Konjunkturprogramme nicht enthalten, die erst nach dem 1. Mai 2020 angekündigt wurden, beispielsweise das **EUR 130 Mrd. schwere Konjunkturpaket Deutschlands**, das am 4. Juni 2020 publik wurde. Auch als Konjunkturprogramm können die geschätzten Budgetdefizite 2020 und 2021 der EU-Länder (ohne GB) in Höhe von EUR 2'234 Mrd. betrachtet werden. Insgesamt werden somit Gelder in Höhe von rund EUR 6'500 Mrd. zur Bekämpfung der Krise mobilisiert. Aufgrund der EU-Kommissionsschätzungen wird der nominelle BIP 2021 im Vergleich zu 2019 praktisch stabil bleiben. Real soll es in den Jahren 2020 und 2021 im Vergleich zu den Prognosen vor der Krise um 4.5% geringer ausfallen. Zu Preisen von 2019 gerechnet entspräche dies einem BIP-Rückgang um rund EUR 600-700 Mrd.

Wenn man die angekündigten EU-Hilfen mit den von den EU-Konjunkturforschern erwarteten BIP-Ausfällen bis 2021 vergleicht, dann muss man sich fragen, warum die Politik Konjunkturprogramme im mehrfachen Betrag dieser prognostizierten Ausfälle

schnürt. Warum soll ein BIP-Ausfall von maximal wenigen hundert Mrd. EUR Finanzhilfen von mehreren Tausend Milliarden nach sich ziehe? Der Grund dafür ist klar. Die EU, aber auch nationale Politiker, versuchen nicht in erster Linie die Konjunktur anzuschieben, sondern einen langjährigen Umbau der Wirtschaft in Richtung «grüne Wirtschaft» und «Digitalisierung» mit Steuergeldern zu lancieren. Der Nutzen für die Konjunkturbelebung ist minimal, weil dafür weder pfannenfertige Investitionspläne vorliegen noch das notwendige Fachpersonal vorhanden ist. Die Finanzflüsse aus dem «Next Generation EU» Programm werden denn auch frühestens ab anfangs 2021 beginnen. Parallel zum Zwangsumbau der Wirtschaft versucht die EU-Zentrale auch ihre Pläne einer Fiskal- und Transferunion zu verwirklichen. Die unter dem Deckmantel «Corona Hilfe» mobilisierten Milliarden werden somit zweckentfremdet und dienen vor allem ideologischen Zielen. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch die Geldverteilung über die EU statt über die nationalen Regierungen entmündigt. Ihnen wird es lediglich überlassen, eines Tages für die fahrlässig aufgebauten Schuldentürme geradezustehen.

3. «Das EUR 750 Mrd. Wiederaufbauprogramm finanziert sich selbst!»

Nun liegt der grosse, EUR 750 Mrd. schwere Wurf also vor, der als «Next Generation EU» bezeichnet wird und immerhin rund 5.5% des EU-BIPs 2019 entspricht. Gemeint ist mit der Etikettierung als «Next Generation EU» wohl nicht, dass damit die nächste Generation zur Kasse gebeten wird. Aber darauf hinaus laufen alle die daraus entstehenden Verpflichtungen. Dannzumal werden aber sowohl Kanzlerin Merkel als auch EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, der französischen Präsident Macron und der belgische EU-Ratschef Charles Michel längst nicht mehr im Amt sind. Die nächste Generation soll also auslöffen, was ihnen die heutige Generation einbrockt. Die heutige Politikerklasse will damit vor allem ihre eigenen Ämtchen und Pfründe sichern und ihre Macht ausbauen. Es geht um die Wahrung des heutigen Wohlstandes ihrer Wählerschaft, denn unzufriedene Bürger sind eine Gefahr für die Wiederwahl und den Fortbestand der EU-Beamtdiktatur. «Geldverteilen ja, aber dafür bezahlen, nein.» Wie kann man eine solche Strategie den Bürgerinnen und Bürgern erklären? Dazu werden **«Experten» vorgeschoben**, die diese Milliardenprogramme mit einem **Grundlagenbericht** rechtfertigen. Diese Experten kommen zum Schluss, dass sich dieses Paket selbst finanziere. Eine automatische Selbstfinanzierung wäre tatsächlich eine Ideallösung der künftigen Finanzprobleme der EU. Dieses Wunschedenken einer automatischen Selbstfinanzierung zielt aber weit an der Realität vorbei. Es ist doch offensichtlich, dass jenes Geld, das netto nach Südeuropa fliesst, in der Folge in den Staatshaushalten des Nordens fehlen wird. Dass nun die Regierungen in Südeuropa das geschenkte Geld effizienter einsetzen werden als die Nordeuropäer, muss doch sehr bezweifelt werden, wenn man ihre «Erfolgsgeschichte» der letzten 20 Jahre betrachtet. Und generell stellt sich die Frage, ob die Annahme der Experten, dass der Staat mit dem letztlich vom Privatsektor herausgequetschten Geld produktivere Investitionen tätigen wird als die Privatwirtschaft selbst richtig ist. Aber solche Unterstellungen werden von weiten Kreisen der Politik akzeptiert, ohne dass irgendwelche plausiblen Fakten oder Beweise vorliegen.

Wenn sich die EU-Hilfspakete tatsächlich selbst finanzieren würden, dann muss man sich fragen, warum denn die nationalen Direktbeiträge der EU-Länder von heute 1.2% des BIP auf 2% angehoben werden.

Einmal mehr träumen EU-Politiker den Keynesianischen Traum, dass der Staat vorübergehende Nachfragelücken der Privatwirtschaft mit staatlichen Mehrausgaben auf Pump ausgleichen könne. Dies war vielleicht mit forcierten Rüstungsausgaben und Infrastrukturausgaben zur Ankurbelung der industriellen Produktion (Stahl, Kohle, etc.) während der Grossen Depression 1929 opportun. Aber die heutige Corona-Krise trifft vor allem die personenbezogenen Dienstleistungen, die vielfach von KMUs erbracht werden. Der Staat benötigt keinen Haarschnitt, keine Brillen oder Hörgeräte. Er besucht weder Theater, Kinos, Konzerte, Museen oder Sportgrossveranstaltungen. Er geht auch nicht in Nachtclubs oder Restaurants. Er vergnügt sich nicht auf Kreuzschiffahrten, in Vergnügungsparks oder Luxushotels. Diese Sektoren

leiden am stärksten unter der Pandemie und denen nützen Investitionen in die Digitalisierung und die «grüne Wirtschaft», in Projekte, die sich über Jahre dahinziehen, unmittelbar wenig bis gar nichts. Deshalb sind Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit vor allem in den Dienstleistungssektoren anzutreffen. Die Kurzarbeit liegt heute in vielen Ländern 20x-30x so hoch wie in früheren Konjunkturflauten. Die EU wurde zu Beginn zudem in einem Bereich getroffen, in dem die Brüsseler Bürokraten kaum Kompetenzen besitzen, im Gesundheitswesen. Deshalb muss man sich nicht wundern, wenn einige der vorgeschlagenen Massnahmen zur Konjunkturbelebung am Ziel vorbeischliessen.

Viele **Detailhändler** werden zwar nach der Quarantänezeit noch einmal ihre Geschäfte öffnen, aber lediglich für den Konkursabverkauf. Amazon und andere Online-Händler waren für viele Detailhändler die Vorerkrankung, die Corona-Pandemie bedeutet nun ihr Ende. In den Innenstädten haben fehlende Parkmöglichkeiten, eingeschränkte Öffnungszeiten und andere staatliche Schikanen, aber auch hohe Mieten zu einer Abwanderung der Kundschaft zu Shopping Centers und Fachmärkten an der Peripherie geführt. Wenn nun auch noch die verbliebenen Geschäfte schliessen müssen, zumal die vermehrte Heimarbeit die Laufkundschaft weiter reduziert, so kann auch Keynes nicht mehr helfen.

4. **Das gemeinsame Grundlagenpapier der EU**

Über die im gemeinsamen **Grundlagenpapier der EU-Kommission, des EU-Parlamentes, des Europäischen Rates der Minister, dem Rat der EU-Staats- und Regierungschefs, der Europäischen Wirtschafts- und Sozialkommission und der Kommission der Regionen**, getroffenen Annahmen über das Ausmass der Schäden und den möglichen Ablauf der Pandemie wäre müsrig zu diskutieren, denn im heutigen Zeitpunkt weiss wohl niemand mit ausreichender Gewissheit, wie sich die Wirtschaft und die Pandemie in den nächsten Monaten entwickeln wird, ausser dass es zu einem selten erlebten Wirtschafts-Rückschlag kommen wird. Die präsentierten Makrozahlen stimmen übrigens mit jenen der **Frühjahresprognose der EU-Kommission**, die die Auswirkungen der Corona Pandemie berücksichtigt, zahlenmäßig überein. Die EU-Kommission sieht dabei Revisionsrisiken eher noch nach weiter abwärts. Aber einige der aus den präsentierten Rahmenbedingungen gezogenen Schlussfolgerungen sollten dennoch nicht unwidersprochen im Raum stehen bleiben, denn sie sind über grosse Strecken unglaublich, widersprüchlich oder schlicht und einfach falsch. Von welchem Wirtschaftsszenario gehen die Experten der EU-Kommission aus?

- **4.1. Wirtschaft:**

Die EU-Wirtschaft wird in dreifacher Art massiv zu leiden haben:

Erstens wird die Stilllegung von Betrieben aller Art zu einem **Einbruch des Bruttonsozialproduktes führen. Sowohl das Angebot als auch die Nachfrage** sind während der bisherigen Pandemie-Periode deutlich eingebrochen. Nach einem kräftigen Einbruch im zweiten Quartal 2020, mit einem BIP, das in der EU **um 14% unter dem Vorjahr** liegen soll, werde die EU-Konjunktur ihr Tief durchschritten haben, aber per Saldo werde **für 2020 ein BIP-Minus von 7.4%** bleiben, gefolgt von einem kräftigen Plus von 6.1% im Jahre 2021. Kommt es allerdings zu einer zweiten Ansteckungswelle, soll das BIP um 11% sinken und wenn die Regierungen die Lockdown-Massnahmen verlängern müssen, sogar um 16% einbrechen. In den folgenden Darstellungen werden jedoch die letzterwähnten zwei Szenarien ausgeblendet. Die EU scheint offensichtlich noch kein Konzept für den Fall B oder C durchgedacht zu haben.

Ähnlich pessimistisch gibt sich die OECD, die reichlich späte, erst am 10. Juni 2020 ihre schon damals sehr optimistische Prognose nach unten korrigiert hat. Die Organisation der grossen westlichen Industrieländer erwartet nun einen Einbruch des Welt-BIPs 2020 um 7.7%, dem 2021 eine Erholung um nur 4.8% folgen soll. Für die EU prognostiziert die OECD ein Minus von 9.1%, gefolgt von einer Erholung um 6.5%.

Laut der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der Europäischen Kommission werden die Auswirkungen der Corona-Krise auf das **regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP)** in vier

Ländern am stärksten sein. Fünf Regionen in Griechenland, vier in Italien, zwei Regionen in Rumänien und eine in Finnland müssen sich auf ein Minus zwischen 22% bis minus 26% gefasst machen. Umgekehrt sind nur vier Regionen in der EU mit einem Minus von weniger als 3.2% betroffen. Neben dem italienischen Molise sind das Niederbayern, Tübingen und Trier in Deutschland. Noch stärker differieren die Rückschläge nach Wirtschaftssektoren betrachtet. Insbesondere die **Unterhaltungsindustrie** (inkl. Sportgrossveranstaltungen), das **Gastgewerbe, das Transportwesen** (inkl. Flugverkehr, Containerschiffe etc.) werden 2020 gegenüber 2019 **Einbussen ihrer Wertschöpfung zwischen 20% bis 40%** erleiden.

EU Kommission BIP real in %	23.04.2020			Winterprognose 13.2.2020			Differenz		kumuliert seit 2018 bis 2021			
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021	neu	bisher	Differenz
Belgien	1.4	-7.2	6.7	1.1	1.0	1.0	0.3	-8.2	5.7	0.4	3.1	-2.7
Deutschland	0.6	-6.5	5.9	0.4	1.0	1.0	0.2	-7.5	4.9	-0.4	2.4	-2.8
Estland	4.3	-6.9	5.9	3.2	2.1	2.4	1.1	-9.0	3.5	2.8	7.9	-5.1
Irland	5.5	-7.9	6.1	5.6	3.5	3.2	-0.1	-11.4	2.9	3.1	12.8	-9.7
Griechenland	1.9	-9.7	7.9	1.8	2.3	2.0	0.1	-12.0	5.9	-0.7	6.2	-6.9
Spanien	2.0	-9.4	7.0	1.9	1.5	1.4	0.1	-10.9	5.6	-1.1	4.9	-6.0
Frankreich	1.3	-8.2	7.4	1.3	1.5	1.2	0.0	-9.7	6.2	-0.1	4.1	-4.2
Italien	0.3	-9.5	6.5	0.1	0.4	0.7	0.2	-9.9	5.8	-3.3	1.2	-4.5
Zypern	3.2	-7.4	6.1	2.9	2.6	2.5	0.3	-10.0	3.6	1.4	8.2	-6.8
Lettland	2.2	-7.0	6.4	2.5	2.6	2.7	-0.3	-9.6	3.7	1.1	8.0	-6.9
Litauen	3.9	-7.9	7.4	3.8	2.4	2.4	0.1	-10.3	5.0	2.8	8.8	-6.1
Luxemburg	2.3	-5.4	5.7	2.6	2.6	2.6	-0.3	-8.0	3.1	2.3	8.0	-5.7
Malta	4.4	-5.8	6.0	5	4.2	3.8	-0.6	-10.0	2.2	4.2	13.6	-9.3
Niederlande	1.8	-6.8	5.0	1.7	1.3	1.3	0.1	-8.1	3.7	-0.4	4.4	-4.7
Österreich	1.6	-5.5	5.0	1.5	1.4	1.4	0.1	-6.9	3.6	0.8	4.4	-3.5
Portugal	2.2	-6.8	5.8	2	1.7	1.7	0.2	-8.5	4.1	0.8	5.5	-4.7
Slowenien	2.4	-7.0	6.7	2.6	2.7	2.7	-0.2	-9.7	4.0	1.6	8.2	-6.6
Slowakei	2.3	-6.7	6.6	2.7	2.6	2.7	-0.4	-9.3	3.9	1.7	8.2	-6.5
Finnland	1.0	-6.3	3.7	1.4	1.1	1.0	-0.4	-7.4	2.7	-1.9	3.5	-5.4
Eurozone	1.2	-7.7	6.3	1.1	1.2	1.2	0.1	-8.9	5.1	-0.7	3.5	-4.2
Bulgarien	3.4	-7.2	6.0	3.6	3.0	2.9	-0.2	-10.2	3.1	1.7	9.8	-8.1
Tschechien	2.6	-6.2	5.0	2.5	2.2	2.1	0.1	-8.4	2.9	1.1	7.0	-5.9
Dänemark	2.4	-5.9	5.1	2	1.5	1.6	0.4	-7.4	3.5	1.3	5.2	-3.9
Kroatien	2.9	-9.1	7.5	2.9	2.6	2.4	0.0	-11.7	5.1	0.6	8.1	-7.6
Ungarn	4.9	-7.0	6.0	4.6	2.8	2.8	0.3	-9.8	3.2	3.4	10.5	-7.1
Polen	4.1	-4.3	4.1	4.1	3.3	3.3	0.0	-7.6	0.8	3.7	11.1	-7.4
Rumänien	4.1	-6.0	4.2	4.1	3.6	3.3	0.0	-9.6	0.9	2.0	11.4	-9.4
Schweden	1.2	-6.1	4.3	1.1	1.0	1.4	0.1	-7.1	2.9	-0.9	3.5	-4.4
EU	1.5	-7.4	6.1	1.4	1.4	1.4	0.1	-8.8	4.7	-0.3	4.3	-4.5
Grossbritannien	1.4	-8.3	6.0	1.3	1.4	1.4	0.1	-9.7	4.6	-1.4	4.2	-5.6
Japan	0.7	-5.0	2.7	0.9	0.4	0.6	-0.2	-5.4	2.1	-1.8	1.9	-3.7
USA	2.3	-6.5	4.9	2.3	1.8	1.6	0.0	-8.3	3.3	0.3	5.8	-5.5
Schweiz	0.9	-5.0	4.5	1.0	1.6	1.3	-0.1	-6.6	3.2	0.2	4.0	-3.8

Generell wird der **Dienstleistungssektor stärker betroffen als die produzierende Industrie**. Geringe Einbussen sollen das Gesundheitswesen und der Kleinhandel erleiden. Wenn man sich die Kurzarbeit und neue Finanzlöcher in einigen Spitäler und Kliniken der Schweiz in Erinnerung ruft, dann dürften die Einschätzungen bezüglich des Gesundheitswesens wohl zu optimistisch sein.

Problemregionen und -sektoren sind in einigen EU-Ländern stärker vertreten als in anderen. Deshalb werden die Rückschläge von Land zu Land auch unterschiedlich hoch ausfallen. Die grössten BIP-Rückschläge werden in Südeuropa, in Griechenland, Spanien, Italien und Kroatien mit je rund 9 ½% erwartet, während die übrigen Länder Einbussen um 6% bis 7.5% verkraften müssen. In mindestens **einem halben Dutzend Ländern** wird das **reale BIP im Jahre 2021 immer noch mehr als 1% unter dem Niveau vor der Covid-19 Krise verharren**.

Vor besonderen Herausforderungen steht in der EU die **Automobilindustrie**, die zusammen mit ihren 1.4 Mio. Zulieferunternehmen rund 5% zum BIP der EU beiträgt. Die Energiewende führte zu einem Forschungs- und Entwicklungsschub in der Automobilindustrie. Mit EUR 57.4 Mrd. bzw. 28% der EU-F&E-Ausgaben (von Batterien bis digitale Dienste) nimmt diese Industrie im künftigen Europa eine Sonderstellung ein. Im internationalen Handel, auch innerhalb der EU-Länder, sind viele Unternehmen auf effiziente Transportinfrastrukturen angewiesen. Probleme der deutschen Autobauer treffen nicht nur Deutschland, sondern auch viele Zulieferländer, stammen doch rund **70% der zugelieferten Komponenten** an die deutsche Automobilindustrie **aus dem Ausland** (Ungarn, Tschechien, Frankreich, Spanien, Italien, aber auch aus der Schweiz).

Eine wichtige Rolle spielt sowohl im Ab- als auch im erwarteten Aufschwung der Aussenhandel. Sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren sollen 2020 um knapp 13% einbrechen, sich dann aber 2021 wieder mit fast 10% erholen. Der Einbruch der deutschen Exporte um 31% im April 2020 untermauert diesen Pessimismus. Ein Blick auf die Handelsbilanzen (Güter) zeigt, dass die schon mehrmals erwähnten Problemländer auch in dieser Beziehung schlecht dastehen, weil sie international wegen des für sie zu starken Euros nicht wettbewerbsfähig sind. Die Abhängigkeit von den Exporten ist von Land zu Land recht unterschiedlich. Allerdings gilt es zu beachten, dass Länder wie Belgien, Irland oder Niederlande auch als Brückenköpfe (Hafenanlagen) für den Aussenhandel mit Kontinentaleuropa, weshalb deren Aussenhandelsstatistik durch Transferumsätze etwas verfälscht wird. Einige Länder in Osteuropa, Tschechien, Polen, die Slowakei und Slowenien sind sehr verwundbar, weil sie als grosse Autozulieferer bekannt sind.

Aussenhandel	nominales BIP 2019 in EUR Mrd.	Reale Exporte in % VJ						Reale Importe in % VJ			2019 zu laufenden Preisen in EUR Mrd.			in % nom. BIP 2019		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe	Saldo
Belgien	474	1.0	-10.6	7.7	1.2	-10.2	8.1	397	381	16.5	83.9	80.4	3.5			
Deutschland	3'436	0.9	-12.1	10.3	1.9	-9.2	8.6	1'330	1'103	227.6	38.7	32.1	6.6			
Estland	28	4.9	-12.5	8.5	3.7	-10.8	7.2	14	16	-1.7	51.3	57.4	-6.1			
Irland	347	11.1	-15.2	6.7	35.6	-27.7	8.4	152	89	62.6	43.7	25.7	18.0			
Griechenland	188	4.8	-21.4	17.9	2.5	-18.0	15.8	34	56	-21.8	18.1	29.7	-11.6			
Spanien	1'245	2.6	-19.8	11.9	1.2	-21.1	12.4	298	332	-34.2	23.9	26.7	-2.7			
Frankreich	2'419	2.0	-12.0	8.8	2.2	-11.8	10.6	509	582	-72.7	21.0	24.0	-3.0			
Italien	1'788	1.2	-13.0	10.5	-0.4	-13.6	12.2	476	423	52.9	26.6	23.7	3.0			
Zypern	22	2.0	-21.8	16.8	1.5	-15.2	13.7	3	8	-5.1	14.1	37.3	-23.3			
Lettland	30	2.0	-10.3	7.8	2.3	-8.3	8.0	14	17	-2.9	45.4	55.0	-9.6			
Litauen	48	9.3	-12.5	13.5	6.7	-12.0	12.8	30	32	-2.2	61.2	65.8	-4.6			
Luxemburg	64	0.8	-11.5	8.4	0.9	-12.0	8.8	15	21	-6.7	23.2	33.7	-10.5			
Malta	13	1.7	-9.3	12.0	2.1	-7.2	10.8	3	6	-3.6	20.3	47.8	-27.4			
Niederlande	812	2.4	-10.6	7.0	3.1	-11.2	8.0	634	568	65.4	78.0	70.0	8.1			
Österreich	399	2.7	-12.5	10.3	2.8	-10.8	9.0	160	165	-5.3	40.1	41.5	-1.3			
Portugal	212	3.7	-14.1	13.2	5.2	-10.3	10.3	60	80	-20.4	28.2	37.8	-9.6			
Slowenien	48	4.4	-12.4	13.5	4.2	-11.4	14.8	40	39	0.8	83.5	81.8	1.7			
Slowakei	94	1.7	-12.4	13.4	2.6	-12.6	13.3	80	80	-0.4	85.0	85.4	-0.4			
Finnland	240	7.2	-10.7	7.3	2.2	-8.6	8.1	66	66	-0.2	27.3	27.4	-0.1			
Eurozone	11'907	2.5	-12.9	9.5	3.8	-12.9	9.7	4'313	4'065	248.6	36.2	34.1	2.1			
Bulgarien	61	1.9	-13.2	10.8	2.4	-12.5	6.8	30	33	-3.5	49.0	54.7	-5.7			
Tschechien	220	1.2	-13.3	9.6	1.7	-13.0	9.6	177	159	18.0	80.6	72.4	8.2			
Dänemark	311	1.6	-10.7	8.7	0.1	-8.8	8.1	99	87	11.7	31.8	28.1	3.7			
Kroatien	54	4.6	-29.0	33.7	4.8	-21.2	23.4	16	25	-9.5	28.8	46.4	-17.6			
Ungarn	144	6.0	-14.0	11.2	6.9	-15.0	10.1	110	107	3.4	76.8	74.4	2.4			
Polen	529	4.7	-9.8	8.6	2.7	-10.6	8.9	236	234	1.8	44.6	44.2	0.3			
Rumänien	223	4.6	-12.8	9.9	8.0	-14.4	9.8	69	86	-17.6	30.8	38.6	-7.9			
Schweden	475	4.2	-12.0	6.5	1.8	-11.5	5.1	143	142	1.6	30.2	29.9	0.3			
EU	13'923	2.7	-12.8	9.5	3.7	-12.8	9.5									
Grossbritannien	2'523	4.8	-10.7	5.1	4.6	-9.9	6.1	419	616	-197.0	16.6	24.4	-7.8			
Japan	4540	-1.8	-15.0	3.2	-0.8	-11.8	2.0	630	652	-22.3	13.9	14.4	-0.5			
USA	19141	0.0	-13.4	10.3	1.0	-12.9	13.2	1'470	2'294	-824.5	7.7	12.0	-4.3			
Schweiz	630							281	247	33.1	44.5	39.3	5.2			

Für den Privatkonsument spielt das Sparverhalten der Konsumenten eine wichtige Rolle. Die EU-Kommission geht davon aus, dass **Sparquote 2020 der Privaten massiv von 22.6% auf 28% zulegen** wird, weil die Konsumenten aus Angst vor Arbeitslosigkeit mehr sparen und weil sie während des Corona-Shutdowns, als viele Geschäfte und die Gastronomie geschlossen waren, weniger Geld ausgeben konnten. Anders die Regierungen. Diese liefern mit ihrer Spendierfreudigkeit und Defizitwirtschaft einen negativen Beitrag zur Sparquote. Diese Entwicklung ist nicht EU-spezifisch, sondern auch in Grossbritannien, Japan oder in den USA der Fall.

Zweitens werden viele **Haushalte und Unternehmen substanzelle Verluste** erleiden. Um ihre Zahlungsbereitschaft nicht zu gefährden, werden sie zu ihren liquiden Mittel Sorge tragen müssen und Investitionen zurückstellen. Einige Investitionen werden wegen der Unsicherheit über den Fortgang der Wirtschaft nach dem Auslaufen der Krise und wegen notwendigen Kapazitätsanpassungen gänzlich gestrichen werden. Kommt dazu, dass die Banken trotz teils staatlichen Garantien oder Bürgschaften und der Freigabe des zuvor regulatorischen aufgezwungenen antizyklischen Puffers zurückhaltender Kredite vergeben werden. Die staatlich garantierten Neukredite machen ja nur einen kleinen (3%-5%) Teil des Kreditbuches aus, aber Kreditverluste werden auf den übrigen 95% bis 97% wohl in grösserem Stil anfallen.

Die EU schätzt je nach Stress-Szenario **Eigenkapitalverluste der Unternehmen in Höhe von EUR 720 bis 1'200 Mrd.** Dadurch nimmt logischerweise der Verschuldungsgrad dieser

Unternehmen zu, was ihre Kreditfähigkeit, ihre Investitionen und Wachstumsmöglichkeiten einschränkt. Einige werden sogar Pleite gehen. Detaillierte Analysen zeigen, dass rund 25% bis 35% der Unternehmen eine finanzielle Unterdeckung aufweisen werden, nachdem sie ihre Liquidität aufgebraucht haben. Im schlimmeren Fall könnte sich dieser Anteil sogar auf 35% bis 50% belaufen. Konkret würden davon 180'000 bis 260'000 Unternehmen betroffen, die 25 bis 35 Mio. Leute beschäftigen. **Die Finanzlücken sollen sich auf EUR 350 Mrd. bis EUR 500 Mrd. belaufen, im schlimmeren Falle auf EUR 650 Mrd. bis EUR 900 Mrd.** Deshalb müssten neue Instrumente geschaffen werden, um den Unternehmen das fehlende Risikokapital zuzuführen. Gemeint sind wohl Staatsbeteiligungen oder Verstaatlichungen.

Die Analysen zeigen aber auch, dass vor allem jene Firmen (60% bis 75%) in Finanznot geraten werden, die schon vor der Krise finanziell auf schwachen Füßen standen. Gemeint sind Unternehmen, die bezüglich Schulden/Eigenkapital-Ratio in den Top 25%, bez. EBIT/Umsatz im untersten Viertel aller Unternehmen lagen. Aufgrund der Kredit-Versicherungsprämien errechnet die EU ein mögliches Verlustpotential für die Banken von EUR 200 Mrd. Die EU-Bankenübersicht geht sogar von einem Schadenspotential von bis zu EUR 380 Mrd. aus. Sollte sich die Wirtschaft gemäss dem Frühjahresgutachten der EU-Kommission entwickeln, müssten die geschwächten Unternehmen neues Eigenkapital in Höhe von EUR 720 Mrd. beschaffen. Hier stellt sich die Frage, woher dieses kommen soll, denn es handelt sich eben um Risikokapital und nicht um Kredite, die allenfalls von den Regierungen garantiert oder verbürgt werden können. Sind die Unternehmen nicht in der Lage, ihre Bilanzen wieder in Ordnung zu bringen, dann wird sich die Rezession weiter in die Länge ziehen.

Die Pricing-Power, die Fähigkeit der Unternehmen Preise zu erhöhen, die zur Kompensation der erlittenen Verluste notwendig wären, bleibt angesichts der miesen Wirtschaftsaussichten sehr bescheiden. Es ist zudem im Zuge von Megakrisen üblich, dass in einer **ersten Phase eher eine Deflation einsetzt, die erst in einer zweiten Phase von einer anziehenden Inflation bis Hyperinflation abgelöst** wird.

EU Kommission 03.05.2020	Inflation in %			Löhne nominell in %			Reallöhne in %		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Belgien	1.2	0.2	1.3	1.7	-1.4	1.2	0.4	-2.2	-0.3
Deutschland	1.4	0.3	1.4	3.2	-0.6	3.2	1.9	-0.9	1.8
Estland	2.3	0.7	1.7	5.7	2.0	2.7	5.1	1.5	1.0
Irland	0.9	-0.3	0.9	2.2	-2.3	1.7	1.7	-1.2	0.8
Griechenland	0.5	-0.6	0.5	-0.9	-3.6	3.2	0.5	-3.1	2.7
Spanien	0.8	0.0	1.0	-0.6	0.5	0.7	0.8	-7.0	-0.4
Frankreich	1.3	-4.0	0.9	1.3	6.0	-6.0	-1.0	5.4	-6.9
Italien	0.6	-0.3	0.7	0.1	-0.5	0.8	1.0	-0.2	0.1
Zypern	0.5	-0.2	1.0	-0.9	-5.4	6.6	2.5	-5.2	5.5
Lettland	2.7	0.2	1.9	7.3	0.3	3.9	5.7	0.1	1.9
Litauen	2.2	0.8	1.5	6.4	-8.2	7.4	7.4	-9.2	5.5
Luxemburg	1.6	0.7	1.6	0.8	1.8	2.4	-0.3	0.1	0.4
Malta	1.5	0.7	1.1	2.9	3.4	2.8	1.0	2.3	1.6
Niederlande	2.7	0.8	1.3	1.2	2.2	1.5	0.5	1.3	0.2
Österreich	1.5	1.1	1.5	2.4	0.7	1.2	1.2	-0.4	-0.3
Portugal	0.3	-0.2	1.2	1.2	0.2	1.7	1.7	-0.3	0.3
Slowenien	1.7	0.5	1.2	3.1	1.6	1.2	2.6	1.1	-0.2
Slowakei	2.8	1.9	1.1	2.2	1.3	2.5	3.3	-0.4	1.3
Finnland	1.1	0.5	1.4	0.9	2.1	2.6	0.6	1.5	1.4
Eurozone	1.2	0.2	1.1	1.2	1.1	0.4	0.9	0.8	-0.7
Bulgarien	2.5	1.1	1.1	5.8	3.4	2.3	4.0	3.4	0.3
Tschechien	2.6	2.3	1.9	4.0	2.5	4.2	3.1	0.4	2.5
Dänemark	0.7	0.3	1.3	1.3	1.0	1.7	0.6	0.4	0.1
Kroatien	0.8	0.4	0.9	0.4	-1.2	1.1	2.5	-1.6	0.2
Ungarn	3.4	3.0	2.7	2.4	5.0	4.4	5.6	1.9	1.7
Polen	2.1	2.5	2.8	4.8	3.8	2.6	5.4	1.3	0.0
Rumänien	3.9	2.5	3.1	15.0	2.6	4.8	3.5	0.5	2.8
Schweden	1.7	0.4	1.1	2.6	-1.3	5.6	1.1	-1.6	4.5
EU	1.4	0.6	1.3	1.5	1.1	1.1	1.2	0.6	-0.2
Grossbritannien	1.8	1.2	2.1	3.2	-6.5	8.6	2.5	-7.6	7.0
Japan	2.3	0.0	0.2	1.2	-2.1	2.3	0.6	-2.2	2.2
USA	3.7	0.5	1.5	0.9	0.4	1.3	1.7	0.2	0.1

Die tiefen Inflationsprognosen der EU-Kommission für 2020 und 2021 erscheinen wegen des nur schleppend wieder einsetzenden Privatkonssums mit 0.2% und 1.1% für die Eurozone eher noch zu hoch angesetzt, denn viele Unternehmen werden ihre Lager zu reduzierten Preisen abbauen müssen, um Liquidität freizusetzen. Da die Unternehmen ihre Preise kaum erhöhen

können, die Löhne aber munter weiter zulegen sollen, werden die Unternehmensgewinne und in der Folge die Investitionstätigkeit sinken.

Drittens öffnet sich **eine Investitionslücke**. Vom erwarteten Rückgang der Investitionen von EUR 846 Mrd. in den beiden Jahren 2020 und 2021 zusammengerechnet, entfallen 98% auf den Privatsektor. Dabei unterscheidet die EU-Kommission drei Komponenten. **Traditionelle Investitionen**, die wegen der Pandemie zurückgestellt oder nicht mehr getätigt werden. Zusätzliche Investitionen die **wegen der Pandemie notwendig** werden, wie der Aufbau neuer Zulieferketten oder Schutzmassnahmen aller Art. Und schliesslich Investitionen, die nichts mit der Krise zu tun haben, aber dennoch notwendig sind, beispielsweise für die **Anpassungen in Richtung «grüne» Industrie oder die digitale Transformation**. Die wahrscheinlich anfallenden Eigenmittelverluste und die Schonung der Liquiditätsreserven werden die private Investitionstätigkeit noch längere Zeit drücken, zumal viele Unternehmen wohl vorerst allfällige Kapazitätsanpassungen für die Zeit nach der Krise gründlich prüfen müssen. Auch der **Staat** verhält sich bezüglich Investitionen prozyklisch, weil er die knapper werdenden Mittel für die Umverteilung benötigt und Investitionen in der Regel politisch einfacher zu kürzen oder zeitlich zu verschieben sind, als Sozialausgaben. Letztere nehmen in Krisen fast immer massiv zu.

Branche, die 70% der EU-Wirtschaft mit 90% der EU-Wertschöpfung ausmachen	Verlust-sezario EUR 720 Mrd.	Verlust-sezario EUR 1200 Mrd.	Szenario EUR 1200 Mrd. in %	Investitionsbedarf in EUR Mrd.	in %
Tourismus	171	285	26.4	161	21.5
Auto / Transport	91	152	14.1	64	8.6
Flugzeugbau / Verteidigung	13	22	2.0	4	0.5
Bau	113	188	17.4	54	7.2
Agrar- und Nahrungsmittel	22	37	3.4	32	4.3
Energieintensive Industrien	61	101	9.4	88	11.8
Textil	12	20	1.9	6	0.8
Kultur- und Kreativindustrie	33	55	5.1	6	0.8
Digital-Industrie	16	27	2.5	66	8.8
Erneuerbare Energien	3	5	0.5	100	13.4
Elektronik und Elektrotechnik	3	5	0.5	18	2.4
Detailhandel	57	94	8.7	115	15.4
Sozialwirtschaft	52	87	8.1	32	4.3
Gesundheit				-	
übriges	1	2	0.2	2	0.3
Total	648	1080	100.0	748	100.0
nicht erfasst	102	120			
Total	750	1200			

Um das Gesundheitswesen der EU auf Vordermann zu bringen, seien insgesamt mindestens EUR 70 Mrd. (0.6% des BIPs) notwendig. Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie verwundbar Europa beim Unterbruch von Zulieferketten für strategisch relevante Güter und Dienstleistungen in den letzten Jahrzehnten geworden ist. Um inskünftig Engpässe bei der Beschaffung solcher Güter zu begegnen, müsse ein gewisses Ausmass an Unabhängigkeit angestrebt werden, indem Investitionen in folgende Sektoren getätigt werden sollen:

- **Strategische digitale Infrastruktur:** G5, Cybersicherheit, Quanten-Kommunikations-Infrastruktur etc.
- **Schlüsseltechnologien:** Roboter, Mikroelektronik, Hochleistungs-Computer, Daten-Cloud-Infrastruktur, Blockchain, Quanten-Technologie, Photonik, industrielle Biotechnologie, Biomedizin, Nanotechnologie, Medikamente, neuartige Werkstoffe.
- **Rüstung und Weltraum**
- **Kritische Rohmaterialien:** für die Herstellung von e-Mobilität, Batterien, erneuerbare Energien, Wirkstoffe für Medikamente, Flugzeugbau, Verteidigung und digitale Anwendung.
- **Medizinische Produkte und Medikamente**

Eine Studie des IWF zeigt, dass rund 60% der Komponentenbezüge aus China bei Lieferengpässen nicht innert nützlicher Frist anderswo bezogen werden könnten. Der Aufwand für eine Sicherstellung strategischer Zulieferungen soll rund **EUR 20 Mrd.** betragen. Mit Blick auf die Corona-Pandemie rückte insbesondere die Knappheit von **Wirkstoffen für den**

Pharmasektor in den Fokus der Besorgnis. Europa produziert zwar immer noch einen relativ hohen Anteil dieser Wirkstoffe (27.9% der Weltproduktion), aber 60.5% werden heute in China und Indien hergestellt, aber nur 4.6% in den USA und 7% im Rest der Welt.

Das Geschäftsmodell der **globalisierten Zulieferketten und Just-in-Time Delivery** ist angeschlagen. Der Einkauf von billigen Vorprodukten in Billiglohnländern, die Endmontage in der Schweiz oder in Deutschland und eine Auszeichnung mit «Made in Switzerland» oder «Made in Germany» ist mit hohen Risiken verbunden. Die Deutschen Autobauer beziehen Bestandteile von mehr als 100'000 Zulieferern weltweit. Einige davon gib es nicht mehr. Irgend ein Chip, ein Plastikteil, ein Stück Blech, Stahl oder Stoff fehlt, weil der Zulieferer möglicherweise in Italien oder Spanien sitzt und wegen der Quarantäne nicht produzieren darf, die LKWs an der Grenze gestoppt werden, die Lieferungen aus China zu lange dauern oder der Hersteller längst pleite ist. Dazu kommt, dass auch die Exporte ins Stocken geraten, wenn die Showrooms z.B. in den USA zugenagelt oder die Händler pleite gegangen sind.

- **4.2. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt:**

Die **Arbeitslosigkeit** im Euroraum soll 2020 von 7.5% auf 9.6%, in der EU von 6.7% auf 9% zunehmen. Was im Vergleich zur USA noch harmlos erscheinen mag, bedeutet eine Zunahme um 4-5 Mio. zusätzliche Arbeitslose. Allerdings erwarten andere Experten wie McKinsey einen Anstieg der Arbeitslosenrate in der EU auf über 11%. Auch die OECD geht von einem stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit von 7.6% (Eurozone) auf 9.8% aus und die Entspannung 2021 fällt gemäss OECD mit 9.5% nur bescheiden aus. Die wachsende Arbeitslosigkeit wird den Privatkonsumenten signifikant dämpfen.

Als Heilmittel zur Linderung der Arbeitslosigkeit hat die EU bereits im ersten EUR 540 Mrd. schweren Hilfspaket einen neuen Fonds geschaffen, der mit Eigenmitteln von EUR 25 Mrd. aus den nationalen Haushalten und zusätzlichen Schulden am Kapitalmarkt von EUR 100 Mrd. dotiert werden soll. Von diesen Geldern sollen vorab jene Länder profitieren, die eine hohe Jugendarbeitslosigkeit aufwiesen. Diese hohe Jugendarbeitslosigkeit bestand in diesen Ländern aber bereits vor der Corona-Krise, weshalb die neue EU-weite Arbeitslosenkasse nicht als «Wiederaufbauhilfe» sondern als Zementierung der bisherigen Situation wirkt. Diesbezüglich stehen Griechenland (Dez. 2019: 36%, Italien 29%, Portugal 19%, Frankreich 19%) am schlechtesten da. EU-weit stellt sich die Jugendarbeitslosigkeit (bis 25 Jahre) auf 15.4%, in der Schweiz auf 2.4%. Statt Reformen durch Mittelentzug zu erzwingen, werden die bestehenden Probleme in den südeuropäischen Ländern mit ihren unflexiblen Arbeitsmärkten (Kündigungsverbote, lange Kündigungsfristen, zu hohe Mindestlöhne, etc.) erneut mit Geld übertüncht.

Umgekehrt werden die **Beschäftigtenzahlen** zurückgehen, d.h. es werden Arbeitsplätze abgebaut. Wenn nun die EU noch eine Erhöhung von Mindestlöhnen fordert und hofft, damit die Beschäftigung zu fördern, dann kann man sich über das Wirtschaftsverständnis dieser EU-Experten nur wundern. Vier Länder, **Frankreich Italien, Spanien und Estland werden mehr als 5%** der bisherigen Jobs verlieren. Viele dieser Jobs werden über längere Zeit nicht zurückkehren. In 7 EU-Mitgliedsländern soll die Beschäftigtenzahl auch 2021 um mehr als 2% tiefer als 2019 liegen. Bis 2027 sollen kumulativ EUR 150 Mrd. höhere Kosten für die Arbeitslosen anfallen. Dazu kommen 2020 weitere EUR 135 Mrd. für Kurzarbeiterentschädigungen.

Arbeitsmarkt										Investitionen									
EU-Kommission 03.05.2020	Jugend bis 25 Dez. 19	Arbeitslosenrate in %			Beschäftigte in % VJ			EU-Kommission 03.05.2020	Investitionen real in % VJ			Bau real in % VJ							
		2019	2020	2021	2019	2020	2021		2019	2020	2021	2019	2020	2021					
Belgien		13.8	5.4	7.0	6.6	1.5	-1.0	1.2	Belgien		5.1	-15.3	15.9	3.1	-16.8	17.5			
Deutschland		5.8	3.2	4.0	3.5	0.9	-0.9	0.6	Deutschland		2.4	-5.8	5.9	3.9	-1.5	3.5			
Estland		9.9	4.4	9.2	6.5	1.3	-5.7	3.7	Estland		13.2	-8.7	6.3	13.2	-3.8	-1.6			
Irland		12.6	5.0	7.4	7.0	2.9	-2.5	1.3	Irland		94.2	-41.4	15.9	6.9	-11.6	6.5			
Griechenland		35.6	17.3	19.9	16.8	2.0	-3.7	3.8	Griechenland		4.7	-39.0	33.0	-1.9	-28.0	31.0			
Spanien		30	14.1	18.9	17.0	2.3	-8.7	6.1	Spanien		1.8	-20.7	10.3	0.8	-20.1	9.0			
Frankreich		18.8	8.5	10.1	9.7	1.3	-9.1	10.0	Frankreich		3.6	-13.3	14.0	3.2	-15.3	17.8			
Italien		28.9	10.0	11.8	10.7	0.3	-7.5	5.5	Italien		1.4	-14.2	13.0	2.6	-9.2	8.2			
Zypern		17.2	7.1	8.6	7.5	3.1	-2.5	2.3	Zypern		0.1	-6.1	5.3	10.9	-6.0	3.4			
Lettland		11	6.3	8.6	8.3	-0.1	-2.6	0.9	Lettland		3.1	-12.0	9.2	2.8	-10.4	8.0			
Litauen		10.4	6.3	9.7	7.9	0.5	-3.5	2.0	Litauen		7.4	-5.0	7.9	9.4	4.0	4.0			
Luxemburg		16.6	5.6	6.4	6.1	3.6	0.9	3.1	Luxemburg		3.9	-12.0	8.5	2.2	-10.8	8.2			
Malta		10.5	3.4	5.9	4.4	5.6	-1.8	2.8	Malta		7.2	-7.0	5.0	11.0	-2.0	2.5			
Niederlande		6.7	3.4	5.9	5.3	1.8	-2.4	1.4	Niederlande		5.3	-11.2	5.9	3.9	-9.1	5.1			
Österreich		8.3	4.5	5.8	4.9	1.2	-1.4	1.4	Österreich		2.9	-9.5	6.9	2.4	-7.4	5.4			
Portugal		19.3	6.5	9.7	7.4	0.8	-3.4	2.7	Portugal		6.3	-8.6	8.9	8.9	0.6	3.2			
Slowenien		7.9	4.5	7.0	5.1	2.4	-2.7	2.0	Slowenien		3.2	-13.0	11.7	5.0	-13.1	8.3			
Slowakei		16.6	5.8	8.8	7.1	1.2	-3.4	2.0	Slowakei		4.4	-14.7	10.7	3.1	-8.2	6.5			
Finnland		17.1	6.7	8.3	7.7	1.0	-2.5	1.1	Finnland		-0.8	-9.8	9.1	-1.2	-7.3	5.5			
Eurozone		15.3	7.5	9.6	8.6	1.2	-4.7	3.9	Eurozone		5.7	-13.3	10.2	3.2	-9.6	8.8			
Bulgarien		7	4.2	7.0	5.8	0.3	-2.5	0.5	Bulgarien		2.2	-18.0	1.0	1.7	-13.6	0.2			
Tschechien		4.3	2.0	5.0	4.2	0.7	-3.1	0.8	Tschechien		2.8	-14.5	9.6	4.6	-6.4	1.1			
Dänemark		10.3	5.0	6.4	5.7	1.2	-1.6	1.4	Dänemark		3.4	-9.5	7.9	7.8	-9.2	6.6			
Kroatien		16.1	6.6	10.2	7.4	1.4	-3.9	3.0	Kroatien		7.1	-8.2	4.2						
Ungarn		12.4	3.4	7.0	6.1	1.7	-3.8	1.1	Ungarn		15.3	-18.7	8.9	16.8	-14.7	4.8			
Polen		9.2	3.3	7.5	5.3	-0.2	-4.5	2.2	Polen		7.2	-8.4	5.9	5.5	-5.9	3.1			
Rumänien		17.5	3.9	6.5	5.4	-0.1	-2.5	0.6	Rumänien		18.2	-15.0	5.0	20.9	-10.0	4.0			
Schweden		20.2	6.8	9.7	9.3	0.6	-2.5	1.1	Schweden		-1.2	-14.3	6.7	-1.8	-6.2	4.3			
EU		14.1	6.7	9.0	7.9	1.0	-4.4	3.3	EU		5.7	-13.2	9.7	3.7	-9.4	8.1			
Grossbritannien		11.2	3.8	6.7	6.0	1.1	-2.7	1.5	Grossbritannien		0.6	-14.3	11.5	2.3	-13.5	10.0			
Japan			2.3	4.3	4.5	0.5	-5.0	-1.0	Japan		1.3	-8.4	1.6						
USA			3.7	9.2	7.6	1.1	-6.3	2.0	USA		1.8	-12.2	1.7	-1.5	-6.1	1.8			

Von 2021 bis 2024 sollen dank den EU-Hilfspaketen jährlich 2 Mio. Jobs zurückgewonnen werden. Ab 2025 soll sogar wieder ein positives Beschäftigungswachstum resultieren.

Job-Verluste seit 2019 bis 2021 in %			
Spanien	-3.1	Kroatien	-1.0
Ungarn	-2.7	Eurozone	-1.0
Italien	-2.4	Portugal	-0.8
Polen	-2.4	Slowenien	-0.8
Tschechien	-2.3	Deutschland	-0.3
Estland	-2.2	Zypern	-0.3
Bulgarien	-2.0	Dänemark	-0.2
Rumänien	-1.9	Griechenland	-0.0
Lettland	-1.7	Österreich	-0.0
Litauen	-1.6	Frankreich	-0.0
Slowakei	-1.5	Belgien	0.2
Finnland	-1.4	Malta	0.9
Schweden	-1.4	Luxemburg	4.0
EU	-1.2	Grossbritannien	-1.2
Irland	-1.2	Japan	-6.0
Niederlande	-1.0	USA	-4.4

Für die künftige Entwicklung des Privatkonsums, immerhin die wichtigste Komponente im BIP, spielen nicht nur die Beschäftigtenzahlen eine Rolle, sondern auch die Lohnentwicklung. Die Annahmen der Kommission für 2020 erscheinen etwas hoch gegriffen, denn viele Beschäftigte werden wegen den Kurzarbeitsentschädigungen, die die Lohnausfälle nur zu 60% bis 80% ausgleichen, per Saldo Lohneinbussen in Kauf nehmen müssen. In einigen Problemländern werden die Beschäftigten zwar Reallohneinbussen erleiden, aber in viele EU-Länder soll es gemäss der EU-Kommission im Vergleich zu 2018 zu reale Lohnsteigerungen kommen, die weit über jenen in den USA liegen. Und da wundert man sich, dass gewisse EU-Länder kaum Fortschritte bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit machen. Negative Auswirkungen auf die Löhne werden wohl erst bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit mit zeitlicher Verzögerung erfolgen, insbesondere scheint dies in grossem Ausmass in Frankreich der Fall zu sein. Sollten die Löhne in Frankreich tatsächlich im von der EU-Kommission prognostizierten Ausmass von

6% im Jahre 2021 sinken, werden wohl politische Proteste auf der Strasse einsetzen. Aber nicht nur Präsident Macron, sondern auch in Italien und Spanien droht soziale Unrast und in der Folge davon ein verstärkter politischer Rechtsrutsch.

Zunahme Nominallöhne pro Kopf in % seit 2018 bis 2021			Zunahme Reallöhne pro Kopf in % seit 2018 bis 2021		
Rumänien	23.7	Grossbritannien	4.8	Ungarn	9.4
Ungarn	12.3	Österreich	4.4	Bulgarien	7.9
Bulgarien	11.9	Dänemark	4.1	Lettland	7.8
Lettland	11.8	EU	3.7	Estland	7.7
Polen	11.6	Portugal	3.1	Rumänien	6.9
Tschechien	11.1	Eurozone	2.7	Polen	6.8
Estland	10.7	USA	2.6	Tschechien	6.1
Malta	9.4	Irland	1.5	Malta	5.0
Schweden	6.9	Belgien	1.5	Slowakei	4.2
Slowakei	6.1	Japan	1.4	Schweden	4.0
Slowenien	6.0	Spanien	0.6	Finnland	3.5
Deutschland	5.9	Frankreich	0.4	Slowenien	3.5
Finnland	5.7	Italien	0.4	Litauen	2.9
Luxemburg	5.1	Kroatien	0.3	Deutschland	2.8
Niederlande	5.0	Zypern	-0.1	Zypern	2.5
Litauen	4.9	Griechenland	-1.4	Niederlande	2.0
USA			2.0		
Portugal			1.7		
EU			1.6		
Grossbritannien			1.3		
Irland			1.3		
Dänemark			1.1		
Kroatien			1.1		
Eurozone			1.0		
Italien			0.9		
Japan			0.6		
Österreich			0.5		
Luxemburg			0.2		
Griechenland			0.0		
Belgien			-2.1		
Frankreich			-2.9		
Spanien			-6.6		

Teilnahmequote am Arbeitsmarkt Ende 2019 in %			
Schweiz	84.4	Spanien	73.9
Schweden	82.1	Euroraum	73.8
Niederlande	81.0	Irland	73.6
Deutschland	79.5	EU-27	73.5
Estland	79.5	Bulgarien	73.0
Dänemark	79.4	Ungarn	72.8
Litauen	78.4	Slowakei	72.7
Grossbritannien	78.4	Frankreich	72.0
Norwegen	78.3	Luxemburg	72.0
Lettland	77.5	Polen	70.6
Finnland	77.4	Belgien	68.9
Österreich	77.1	Rumänien	68.8
Tschechien	76.9	Griechenland	68.0
Malta	76.6	Kroatien	67.1
Zypern	75.9	Italien	65.8
Portugal	75.8	USA	63.2
Slowenien	74.6	Japan	62.1

Für die jährliche Wirtschaftsleistung ist nicht nur das Ausmass der Arbeitslosigkeit und die Beschäftigtenzahl entscheidend, sondern auch die **Beteiligungsquote am Arbeitsmarkt**, die anzeigen, wie hoch der Anteil der theoretisch möglichen Arbeitskräfte an der Bevölkerung tatsächlich im Arbeitsprozess engagiert ist (Anzahl tätige Arbeitskräfte in % der verfügbaren Arbeitskräfte).

Die Beteiligungsquoten zeigen für die EU klar, dass die Problemländer (Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland, Kroatien, Rumänien und Bulgarien) im Vergleich zu den finanzstarken Ländern eine wesentlich geringere Participation rate aufweisen.

- **4.3. Auswirkungen auf die Staatshaushalte:**

Auch ohne das neue EUR 750 Mrd. Programm soll die Verschuldung der EU-Länder im Vergleich zu 2019 in den Jahren 2020 und 2021 zusammen um EUR 2'234 Mrd. zunehmen, was zu einer Erhöhung der Verschuldungsquote zum BIP der EU um 13 Prozentpunkte, von 79% auf 92% entspricht. Dies ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Ein Teil der EU-Schulden taucht nicht in den Büchern der EU-Mitgliedsländern auf. So werden die geplanten EUR 500 Mrd. Zuwendungen nicht als Verpflichtung gegenüber der EU betrachtet. Die EUR 500 Mrd. werden jedoch von den EU-Ländern in Form höherer EU-Direktbeiträgen (0.6% des BIP als Corona-Aufschlag) in den nationalen Haushalten aus Aufwand auftreten. Länder, die Kredite aus dem «Next Generation EU» Programm beziehen, werden diese als Schulden gegenüber der EU ausweisen müssen. **Die Budgetdefizite der EU-Länder sollen 2020 von einem fast ausgeglichenen Saldo 2019 (-1%) auf -8 1/2% des BIPs ansteigen. Auch diese Defizite können teilweise als Konjunkturhilfe betrachtet werden.**

Wie vergleichen sich diese Budgetdefizite und das erwartete BIP-Wachstum der EU mit jenen anderer Wirtschaftsblöcke? Die nachfolgenden Schätzungen der EU-Kommission und des IWF zeigen, dass vor allem die USA noch höhere Defizite verzeichnen soll als die EU. Aber die Verwendungszwecke der Staatsgelder in den USA unterscheiden sich wesentlich von jenen der EU.

BIP-Realwachstum in %	EU-Kommission 5.3.2020		IMF 14.4.2020		Budgetdefizite in % BIP	EU-Kommission 5.3.2020		IMF 14.4.2020	
	2020	2021	2020	2021		2020	2021	2020	2021
Eurozone	-7.7	6.1	-7.5	4.7	Eurozone	-8.5	-3.5	-7.5	-3.6
Grossbritannien	-8.3	6.0	-6.5	4.0	Grossbritannien	-10.5	-6.7	-8.3	-5.5
Japan	-5.0	2.7	-5.2	3.0	Japan	-4.9	-5.3	-7.1	-2.1
USA	-6.5	4.9	-5.9	4.7	USA	-17.8	-8.5	-15.4	-8.6
Schweiz	-5.0	4.5	-6.0	3.8	Schweiz			-5.1	-1.9

Defizite in % BIP	23.04.2020			Winterprognose 13.2.2020			Differenz		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Belgien	-1.9	-8.9	-4.2	-1.7	-2.3	-2.6	-0.2	-6.6	-1.6
Deutschland	1.4	-7.0	-1.5	1.2	0.6	0.2	0.2	-7.6	-1.7
Estland	-0.3	-8.3	-3.4	-0.2	-0.2	-0.2	-0.1	-8.1	-3.2
Irland	0.4	-5.6	-2.9	0.2	0.3	0.6	0.2	-5.9	-3.5
Griechenland	1.5	-6.4	-2.1	1.3	1.0	1.1	0.2	-7.4	-3.2
Spanien	-2.8	-10.1	-6.7	-2.3	-2.2	-2.1	-0.5	-7.9	-4.6
Frankreich	-3.0	-9.9	-4.0	-3.1	-2.2	-2.2	0.1	-7.7	-1.8
Italien	-1.6	-11.1	-5.6	-2.2	-2.3	-2.7	0.6	-8.8	-2.9
Zypern	1.7	-7.0	-1.8	3.7	2.6	2.4	-2.0	-9.6	-4.2
Lettland	-0.2	-7.3	-4.5	-0.6	-0.6	-0.6	0.4	-6.7	-3.9
Litauen	0.3	-6.9	-2.7	0.0	-	-	0.3	-6.9	-2.7
Luxemburg	2.2	-4.8	0.1	2.3	1.4	1.4	-0.1	-6.2	-1.3
Malta	0.5	-6.7	-2.5	1.2	1.0	1.0	-0.7	-7.7	-3.5
Niederlande	1.7	-6.3	-3.5	1.5	0.5	0.4	0.2	-6.8	-3.9
Österreich	0.7	-6.1	-1.9	0.4	0.2	0.4	0.3	-6.3	-2.3
Portugal	0.2	-6.5	-1.8	-0.1	-	0.6	0.3	-6.5	-2.4
Slowenien	0.5	-7.2	-2.1	0.5	0.5	0.6	0.0	-7.7	-2.7
Slowakei	-1.3	-8.5	-4.2	-0.9	-1.2	-1.3	-0.4	-7.3	-2.9
Finnland	-1.1	-7.4	-3.4	-1.1	-1.4	-1.6	0.0	-6.0	-1.8
Eurozone	-0.6	-8.5	-3.5	-0.8	-0.9	-1.0	0.2	-7.6	-2.5
Bulgarien	2.1	-2.8	-1.8	1.1	0.9	0.9	1.0	-3.7	-2.7
Tschechien	0.3	-6.7	-4.0	0.2	-0.1	-0.3	0.1	-6.6	-3.7
Dänemark	3.7	-7.2	-2.3	2.2	0.5	-	1.5	-7.7	-2.3
Kroatien	0.4	-7.1	-2.2	0.1	-	-	0.3	-7.1	-2.2
Ungarn	-2.0	-5.2	-4.0	-1.8	-1.0	-0.8	-0.2	-4.2	-3.2
Polen	-0.7	-9.5	-3.8	-1.0	-0.2	-0.9	0.3	-9.3	-2.9
Rumänien	-4.3	-9.2	-11.4	-3.6	-4.4	-6.1	-0.7	-4.8	-5.3
Schweden	0.5	-5.6	-2.2	0.3	0.1	0.1	0.2	-5.7	-2.3
EU	-0.6	-8.3	0.0	-0.9	-1.1	-1.2	0.3	-7.2	1.2
Grossbritannien	-2.1	-10.5	-6.7	-2.2	-2.4	-2.2	0.1	-8.1	-4.5
Japan	-2.3	-4.9	-5.3	-2.8	-2.6	-2.2	0.5	-2.3	-3.1
USA	-7.2	-17.8	-8.5	-6.7	-6.7	-6.7	-0.5	-11.1	-1.8

Im März 2020 hat die EU-Kommission die **Maastrichter-Vorschriften für die Budget- und Schuldenobergrenze sistiert**. Deshalb werden nun die Schulden ungezügelt wuchern. Die Verschuldungsquote wird in der Eurozone von 86% im Jahre 2019 auf 99% ansteigen, in der EU von 79% auf 92%. **Sieben Länder der Eurozone werden bereits 2021 eine Verschuldungsquote von über 100% ihres BIPs aufweisen**, obwohl sich die Konjunktur 2021 gemäss der EU-Kommission wieder deutlich um 6.3% (nominelles BIP Eurozone) bzw. 6.1% (EU) erholen soll. Nach Erkenntnis diverser Fachstudien sind Länder mit einer Verschuldungsquote von über 90% insolvenzgefährdet. In der EU wären dies inkl. Grossbritannien 8 Länder, die zusammen 53% zum BIP der EU (inkl. GB) beisteuern.

Staatsverschuldung in % BIP im Jahre 2021			
Belgien	110	Frankreich	112
Griechenland	183	Italien	154
Spanien	114	Zypern	105
		EU-27	92

	nominelles BIP in EUR laufende Preise			Verschuldung in % nom. BIP			Staatschulden in EUR Mrd.		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Belgien	474	446	483	99	114	110	467	508	532
Deutschland	3'436	3'282	3'531	60	76	72	2'055	2'481	2'535
Estland	28	27	29	8	21	23	2	5	6
Irland	347	324	348	59	66	67	204	215	232
Griechenland	188	169	183	177	196	183	331	332	335
Spanien	1'245	1'131	1'222	96	116	114	1'189	1'307	1'389
Frankreich	2'419	2'248	2'437	98	117	112	2'373	2'619	2'727
Italien	1'788	1'632	1'755	135	159	154	2'410	2'593	2'696
Zypern	22	20	22	96	116	105	21	24	23
Lettland	30	29	31	37	43	44	11	12	14
Litauen	48	45	50	36	49	48	18	22	24
Luxemburg	64	60	66	22	26	26	14	16	17
Malta	13	13	14	43	51	51	6	6	7
Niederlande	812	765	814	49	62	58	395	475	469
Österreich	399	381	404	70	79	76	281	300	306
Portugal	212	200	215	118	132	124	250	264	267
Slowenien	48	46	49	66	84	80	32	38	39
Slowakei	94	90	97	48	60	60	45	53	58
Finnland	240	229	242	59	69	70	143	159	168
Eurozone	11'907	11'136	11'992	86	103	99	10'240	11'437	11'848
Bulgarien	61	57	61	20	26	25	12	14	16
Tschechien	220	201	212	31	39	40	68	78	85
Dänemark	311	294	315	33	45	45	103	132	140
Kroatien	54	48	52	73	89	83	39	43	44
Ungarn	144	129	140	66	75	74	95	97	103
Polen	529	497	524	46	59	58	243	291	305
Rumänien	223	211	225	35	46	55	79	98	123
Schweden	475	440	462	35	43	43	167	187	196
EU	13'923	13'013	13'984	79	95	92	11'055	12'375	12'865
Grossbritannien	2'523	2'369	2'540	85	102	102	2'155	2'419	2'578
EU inkl. GB	16'446	15'382	16'524	80	96	93	13'210	14'794	15'443
Japan	4'540	4'443	4'588				Zunahme EUR Mrd.	1585	649
USA	19'141	18'245	19'496				Zunahme in %	12.0	4.4

Ein wenig beachteter aber ebenso wichtiger Aspekt ist der Anteil der Staatshaushalte am BIP. Wenn dieser wie in Europa im Durchschnitt schon vor der Krise bei annähernd 50% liegt und **2020 auf durchschnittlich 55% ansteigt**, dann muss man sich nicht wundern, wenn der Privatsektor immer weniger in der Lage ist, diesen hohen Finanzbedarf des Staates zu decken. Besonders dramatisch ist die Situation in Frankreich, wo die EU-Kommission einen Anstieg der **Staatsquote** auf **unglaubliche 62.7% prognostiziert**.

5. Der politisch verordnete Umbau der EU-Wirtschaft

Schon bevor die EU-Kommission ihr «Next Generation EU»-Hilfsprogramm lancierte, haben die deutsche **Bundeskanzlerin Merkel und der französischen Präsidenten Macron** den Weg dazu geebnet und **ein EUR 500 Mrd. Paket** angekündigt. CDU-Chefin **Annegrat Kramp-Karrenbauer** stellte sich hinter den Vorstoß von Merkel und Macron. Dieser Vorschlag sei in dieser «historischen Situation», in der der europäische Zusammenhalt auf die Probe gestellt werde, die richtige Antwort. Gemäss den Ausführungen in den offiziellen Unterlagen der EU-Kommission gehen von den vorgesehenen Geldmitteln **gegen 95% an die Regierungen und lediglich etwa 5% direkt in die Wirtschaft**. Auch diese Mittelaufteilung zeigt, dass es sich bei diesen EUR 750 Mrd. nicht um ein Konjunktur-, sondern um ein Strukturänderungs- und Umverteilungsprogramm handelt.

Eine genauere Analyse der Verwendungszwecke der geplanten EUR 750 Mrd. zeigt, dass jene Sektoren, die besonders stark von der Corona-Pandemie getroffen wurden, im besten Falle mit Brotsamen, die vom Tische der EU-Elite fallen, bedacht werden. Der Löwenanteil des Geldsegens geht in wenig transparente Fonds, für deren Geldverteilung dann wieder eine Heerschar von Politikern und Beamten verantwortlich zeichnen. Auch die Umschreibung der Verwendungszwecke ist sehr schwammig ausgefallen. Als EU-Steuerzahler müsste man sich insbesondere fragen, ob die Kanalisierung von über 50% der Hilfsgelder nach Südeuropa tatsächlich in die anvisierten Sachgebiete investiert wird oder ob das Geld, wie schon oft erlebt, letztlich über diverse Korruptionskanäle anderswo verschwindet. In jedem Falle muss man sich wundern, dass in den Grundlagenpapieren der EU kein Wort über das Vorgehen im

Betrugsfall verloren wird und welche allfälligen Sanktionen gegen betrügerische Regierungen ergriffen würden. Um den korrekten Einsatz der Hilfsgelder zu überprüfen erscheint ein weiterer massiver Ausbau der EU-Administration vorprogrammiert.

Next Generation EU Programm 2020-2027	EUR Mrd.	EUR Mrd.
Staatliche Investitionen und Reformen	89%	
Recovery and Resilience Facility	560	
wovon Zuwendungen (Geschenke)	310	
wovon Kredite	250	
Kohäsionsprogramm und Regionen 2020-22	55.0	
Just Transition Fund (für Klimaanpassungen)	40.0	
EU-Agrarfund für ländliche Entwicklung	15.0	
Anreize für private Investitionen	8%	
Konkursverhinderung-Programm		
(für Firmen in Problemgegenden)	31.0	
Invest EU (Fonds für Investitionen) für nachhaltige Infrastruktur und Digitalisierung	15.3	
Strategic Investment Facility	15.0	
Mängel der Krisenbewältigung beseitigen	3%	
Gesundheit und Logistik	2.0	
Humanitäre Hilfe ausserhalb EU aber auch Agrarsektor und Fischerei	16.5	
Total	749.8	

Der Löwenanteil der Geldverteilung (89%) soll in staatliche Investitionen und Reformen gehen. Mit weiteren 8% sollen Anreize für private Investitionen geschaffen werden und ganze 3% dienen der Beseitigung von Mängeln, die im Verlaufe der Krise offensichtlich wurden (Gesundheitssysteme und damit verbundene Logistik). Darin enthalten sind auch EUR 16.5 Mrd. zusätzliche Mittel für humanitäre Hilfen im Ausland, aber auch Einschüsse in die Funds für die Agrarwirtschaft und die Fischerei.

Die EU-Kommission schätzt, dass in der EU in den Jahren 2020-21 Investitionen von mindestens EUR 1'500 Mrd. für den Umbau der Wirtschaft in Richtung «grüne Wirtschaft», für den Klimaschutz und die Digitale Transformation notwendig seien. Dazu will die EU einen bedeutenden Teil beisteuern. Vom geplanten EUR 750 Mrd. sollen EUR 470 Mrd. den Umweltschutz (EUR 131 Mrd. = 28%) und in Projekte zur Erfüllung der Klima- und Energieziele (EUR 340 Mrd. = 72%) fliessen.

in EUR Mrd.	Total	in %	Klima- und Energieziele 2030	übriger Umweltschutz	Grüne Transformation
Erneuerbare Energie	30	6.4	Hochspannungsnetze Kraftwerke	10 20	10 20
Bau	185	39.4	Energieeffizienz Wohnbau Energieeffizienz Geschäfte	115 70	115 70
Industrie / Energie Effizienz	5	1.1	Industrie Effizienz / neue Boiler	5	5
Transport	120	25.5	Fahrzeuge, Rollmaterial, Schiffe, Flugzeuge Infrastruktur Eoce TEN-T network Infrastruktur übrige Städteverbindungen Infrastruktur Stadtverkehr	20 30 35 35	20 30 35 35
Umweltschutz	77	16.4	Luft- und Klimaschutz Abwasser Management Abfallbeseitigung Boden- und Grundwasserschutz Lärm- und Erschütterungsschutz Biodiversität / Agri-food Strahlenschutz Forschung Umwelt	40 15 10 1 1 4 5 2	40 15 10 1 1 4 5 2
Resourcen Management (ohne Energie)	38	8.1	Wasser Management Wald Management Wildflora und Fauna Management Management Materialeffizienz Forschung Ressourcen Management	20 2 1 10 5	20 2 1 10 5
Übrige Kreislauf-Wirtschaft	15	3.2			15 15
Total	470		340	131	471

Eine detailliertere Übersicht über die bevorzugten Investitionsgebiete zeigt die obige Tabelle, die die anvisierten Investitionen in **Klima- und Energieziele und in übrige Umweltschutzprojekte** grob konkretisiert. Die meisten dieser Projekte haben nichts mit der Corona-Pandemie zu tun, sondern sind lediglich ideologisch motivierte Investitionen, von denen ein Grossteil eigentlich zum ordentlichen Geschäft eines jeden Staates zählt.

Nach der Corona-Krise soll die Mobilität in Europa mit über 100 Milliarden Euro unterstützt werden. Die EU-Kommission arbeite laut einem Medienbericht an diesem Massnahmen-Plan. EUR 40 bis 60 Mrd. seien für die Entwicklung von emissionsfreien Autoantrieben vorgesehen, EUR 40 Mrd. umfasse ein Bahn-Investitionspaket. Im Rahmen der Energiewende will die EU auch **1 Mio. neue Ladestationen für Elektromobile** schaffen. Diese Zahl vergleicht sich mit den heute (2018) existierenden 75'396 Tankstellen in der EU (Schweiz 3'367). Diese bedienen rund 250 Mio. Personenautos und 34 Mio. Lastwagen. In Deutschland sind bis heute 24'000 Ladepunkte für e-Fahrzeuge in Betrieb genommen worden. Die hohe Zahl an neuen «Elektro-Tankstellen» wird eine enorme Anzahl neuer Zu- und Wegfahrten zu diesen Docking-Stations nach sich ziehen. Es wird zu einem relativ grossen Bauvolumen kommen, das jedoch letztlich der Wirtschaft in der EU keinen Zusatznutzen bringt. Mit diesen Investitionen werden keine Produktivitätsfortschritte geschaffen. Wie rentabel diese in den ersten Jahren betrieben werden können und wer die Betriebsdefizite bei Unterauslastung decken soll, bleibt ungeklärt.

Die Investitionslücke von EUR 1'500 Mrd. vergleicht sich mit den gesamten Sachinvestitionen der EU (ohne GB) im Jahre 2019 von EUR 3'064 Mrd.), was damals 22% des BIPs entsprach. Der Ausbau des **öffentlichen Verkehrs**, insbesondere der Bahnverbindungen, soll forcierter werden, obwohl gerade die Corona-Pandemie gezeigt hat, dass der öffentliche Verkehr

Digitale Transformations Investment Lücke	EUR Mrd.
Kommunikationsnetzwerke	42
High Performance Computing, Nanotechnologie	6
Cloud	11
Künstliche Intelligenz und Blockchain	23
Digitale grüne Techologien	6
Cyber-Sicherheit	3
Digitale Innovation / Daten und Next Generation Internet	5
Halbleiter / Photonik (Licht- und Optik)	17
Digitale Ausbildung	9
Gemeinsamer europäischer Datenraum	3
Total	125

wesentlich zur Virenverbreitung beigetragen hat. Das Gleiche gilt für das von Links/Grün propagierte **verdichtete Bauen in den Städten**. Die damit verbundene Massenansammlungen in den Strassen, auf öffentlichen Plätzen und Freizeitanlagen begünstigte ebenfalls eine raschere Verbreitung der Pandemie.

Diese dargestellten Investitionslücken mögen durchaus zutreffen, aber es stellt sich die Frage, ob diese tatsächlich in die Zuständigkeit der EU-Kommission fallen. Dass arme Regionen in Südeuropa, in Italien, Spanien, Griechenland oder Portugal von den EU-Investitionen in High-tech und Zukunftstechnologien in besonderem Ausmass profitieren werden, ist ohnehin zu bezweifeln. Solche Projekte können nur dort verwirklicht werden, wo bereits entsprechende Technologie-Clusters und renommierte Universitäten bestehen. Zudem sind es meistens die Städte, die unter Defiziten im Umweltschutz und in der Energieversorgung leiden und nicht die armen ländlichen Regionen in Südeuropa. Aber auch die nordeuropäischen Technologiezentren können sich nicht als Gewinner brüsten, denn mit dem forcierten Einzug neuer Technologien werden gemäss zahlreichen Studien Millionen von menschlichen Arbeitskräften und damit verbundene Arbeitsplätze (Büros etc.) überflüssig werden.

Ein bedeutender Teil der EU-Gelder wird zur Umverteilung in **EU-Sonderfonds und -Programme**

gelenkt, die diese Gelder dann wiederum für ihre Zweckbestimmung einsetzen. Die Problematik solcher Zuwendungen besteht darin, dass diese Sonderfonds zu einem wesentlichen Teil nicht auf Sektoren tätig sind, die von der Corona-Pandemie betroffen sind und vor allem ist die Transparenz über ihre Tätigkeit sehr eingeschränkt. Die nun geplanten vermeintlichen einmaligen Beträge an diese Fonds werden eines Tages aufgebraucht sein. Dann werden diese Fonds und Programme weitere Mittel für initiierte aber noch nicht beendete Vorhaben fordern, zumal sie wohl aufgrund des grösseren Geschäftsvolumens ihre Belegschaft aufgestockt haben. Je mehr Geld verteilt wird, um so grösser wird auch der Kontrollapparat, denn die Betrugsmöglichkeiten nehmen nicht zuletzt auch wegen der kurzen Vorbereitungszeit zu und werden auch genutzt werden. Die Tabelle zeigt die 14 Fonds und Programme, in die gegen EUR 250 Mrd. fliessen sollen.

EU-Sonderfonds und -Programme, die gestärkt werden sollen	EUR Mrd.
Horizon Europe (Forschung Gesundheit und Umwelt)	94.0
Neighbourhood, Development etc. (vor allem Afrikahilfe)	57.0
Humanitarien Aid Instrument	5.0
Digital Europa Program	8.2
Connecting Europa Facility (z.B. Baltic Rail)	1.5
Single Market Program (Steuern und Zölle)	4.8
Erasmus Plus	24.6
Creative Europa	1.5
Common Agricultural Policy	4.0
Schiffs- und Fischerei Fund	0.5
Asyl- und Migrations Fund	22.0
Internet Security Fund	2.2
European Defence Fund	8.0
Pre-Accession Fund (EU-Beitrittsländer Vorbereitung)	12.9
Total	246.2

6. Zahler und Empfänger des Geldseqens

Am meisten interessiert die Bürgerinnen und Bürger aber, **wer wieviel bezahlt und per Saldo hält**. Vorerst unterscheidet die EU zwischen wohlhabenden Ländern mit einem überdurchschnittlich hohen BIP pro Kopf. Die übrigen Länder werden in solche mit hohen und solche mit niedrigen Schulden aufgeteilt. Die erste Tabelle zeigt die geplante massive Umverteilung von Nord- nach Südeuropa. Die zweite, anschliessende Übersicht nach Ländern, zeigt, ergänzt um eigene Berechnungen, die Schlüsselzahlen und den Nettobetrag pro Kopf. Um sich ein noch realistischeres Bild zu verschaffen, müsste man die pro Kopf-Werte auf eine vierköpfige Familie hochrechnen. Dann würde eine deutsche Familie netto EUR 6'400 in den EU-Topf einzahlen. Der Nettobetrag, für den Deutschland aufkommen muss, entspricht mehr als zweimal des jährlichen Aufwandes für Arbeitslose inkl. Hartz IV von EUR 55 Mrd. Wenn man bedenkt, dass bei der Hartz IV-Regelzulage um jeden Euro gefeilscht wird, dann muss man sich nicht wundern, wenn diese Spendierfreudigkeit der CDU/SP-Regierung eines Tages zu Unrast führen wird.

Nordeuropa (10 Länder)			Beiträge in %	Bezüge in %	Beiträge in EUR Mrd.	Bezüge in EUR Mrd.	Saldo in EUR Mrd.	Kredite	Zuwen- dungen	Bei- träge in % BIP	Be- züge in % BIP	Saldo in % BIP
überdurch- schnitt- liches BIP pro Kopf	AT DE DK FI IE LX NL SE FR BE		64.5	24.5	483.5	183.8	-299.7	61.3	110.5	3.24	1.23	2.01
Süd- und Osteuropa												
untedurch- schnitt- liches BIP pro Kopf	tiefe Verschuldung (12) BG RO HR LV PL HU LT EE SK CZ MT SI		10.7	25.0	80.4	187.5	107.1	62.5	112.8	3.24	7.55	4.31
untedurch- schnitt- liches BIP pro Kopf	hohe Verschuldung (5) CY GR ES IT PT		24.8	50.6	186.1	379.5	193.4	126.5	228.2	3.24	6.61	-3.37
noch nicht zugeteilt										48.0		
Total			100	100	750	751	1	250	500			

	Verteil- schlüssel- in %	Kategorie	BIP 2019 EUR Mrd.	Anteil am EU BIP in %	Bezug EUR Mrd.	Beitrag EUR Mrd.	Nettobe- trag in EUR Mrd.	Netto- betrag in % BIP	Netto in % Staats- ausgaben	BIP pro Kopf EUR	Nettobe- trag pro Kopf EUR
Luxemburg	0.0	H	64	0.5	0.0	3.4	-3.4	-5.3	11.2	104'253	-5'538
Irland	0.4	H	347	2.5	3.0	18.7	-15.7	-4.5	19.5	70'755	-3'201
Dänemark	0.6	H	311	2.2	4.5	16.7	-12.2	-3.9	9.6	53'565	-2'101
Niederlande	1.7	H	812	5.8	12.8	43.7	-30.9	-3.8	12.0	46'985	-1'788
Schweden	1.2	H	475	3.4	9.0	25.6	-16.6	-3.5	10.6	46'431	-1'660
Deutschland	6.9	H	3436	24.7	51.8	185.1	-133.3	-3.9	10.4	41'388	-1'606
Österreich	1.0	H	399	2.9	7.5	21.5	-14.0	-3.5	10.0	45'040	-1'580
Finnland	0.7	H	240	1.7	5.3	12.9	-7.6	-3.2	9.4	43'495	-1'377
Belgien	1.6	H	474	3.4	12.0	25.5	-13.5	-2.8	9.6	41'377	-1'178
Frankreich	10.4	H	2419	17.4	78.0	130.3	-52.3	-2.2	9.2	36'098	-780
	24.5		8977	64.5	183.9	483.4	-299.5	-3.3	-6.4	41'812	-1'395
Tschechien	1.5	E	220	1.6	11.3	11.9	-0.6	-0.3	12.2	20'658	-56
Malta	0.1	E	13	0.1	0.8	0.7	0.1	0.8	11.9	26'339	203
Slowenien	0.5	E	48	0.3	3.8	2.6	1.2	2.5	11.0	23'067	577
Estland	0.3	E	28	0.2	2.3	1.5	0.8	2.9	12.0	21'135	604
Ungarn	2.0	E	144	1.0	15.0	7.7	7.3	5.1	11.8	14'735	747
Polen	8.6	E	529	3.8	64.5	28.5	36.0	6.8	11.4	13'931	948
Rumänien	4.4	E	223	1.6	33.0	12.0	21.0	9.4	13.7	11'486	1'082
Litauen	0.9	E	48	0.3	6.8	2.6	4.2	8.8	13.7	17'179	1'503
Bulgarien	2.0	E	61	0.4	15.0	3.3	11.7	19.2	13.9	8'714	1'671
Slowakei	2.0	E	94	0.7	15.0	5.1	9.9	10.5	11.4	17'246	1'816
Lettland	0.7	E	30	0.2	5.3	1.6	3.7	12.3	12.3	15'625	1'927
Kroatien	2.0	E	54	0.4	15.0	2.9	12.1	22.4	11.2	13'247	2'968
	25.0		1492	10.7	187.8	80.4	107.4	7.2	16.1	14'492	1'043
Italien	20.4	S	1788	12.8	153.0	96.3	56.7	3.2	10.0	29'622	939
Zypern	0.3	S	22	0.2	2.3	1.2	1.1	5.0	11.8	25'117	1'256
Spanien	19.9	S	1245	8.9	149.3	67.1	82.2	6.6	11.9	26'525	1'751
Portugal	4.2	S	212	1.5	31.5	11.4	20.1	9.5	11.5	20'629	1'956
Griechenland	5.8	S	187	1.3	43.5	10.1	33.4	17.9	10.8	17'437	3'114
	50.6		3454	25	380	186	194	5.6	11.2	26'739	1'498
Total	100.0		13923	100.0	751.3	749.9	0.0	0.0	10.5	31'160	0

Die nachfolgende Rangierung nach Ländern zeigt auf, wie die Umverteilung ablaufen soll. Dass damit die am stärksten **von der Corona-Pandemie betroffenen Länder am meisten begünstigt würden, ist daraus kaum zu entnehmen**. Es handelt sich um ein simples Umverteilungsprogramm vom Norden in Europas Süden. Die bereits klammen Krisenländer Italien, Zypern, Spanien, Portugal, Griechenland erhalten 50% des Hilfspaketes. Dazu kommen, wie immer wenn es um Geldverteilung innerhalb der EU geht, Polen, Kroatien, Rumänien und Bulgarien, die weitere 17% abkassieren.

Next Generation EU	Bezug EUR Mrd.	Beitrag EUR Mrd.	Nettobetrag in EUR Mrd.	Nettobetrag in % BIP	Netto in % Staatsausgaben	Nettobetrag pro Kopf EUR					
Italien	153.0	Deutschland	185.1	Deutschland	-133.3	Luxemburg	-5.3	Irland	19.5	Luxemburg	-5'538
Spanien	149.3	Frankreich	130.3	Frankreich	-52.3	Irland	-4.5	Bulgarien	13.9	Irland	-3'201
Frankreich	78.0	Italien	96.3	Niederlande	-30.9	Dänemark	-3.9	Litauen	13.7	Dänemark	-2'101
Polen	64.5	Spanien	67.1	Schweden	-16.6	Deutschland	-3.9	Rumänien	13.7	Niederlande	-1'788
Deutschland	51.8	Niederlande	43.7	Irland	-15.7	Niederlande	-3.8	Lettland	12.3	Schweden	-1'660
Griechenland	43.5	Polen	28.5	Österreich	-14.0	Österreich	-3.5	Tschechien	12.2	Deutschland	-1'606
Rumänien	33.0	Schweden	25.6	Belgien	-13.5	Schweden	-3.5	Estland	12.0	Österreich	-1'580
Portugal	31.5	Belgien	25.5	Dänemark	-12.2	Finnland	-3.2	Niederlande	12.0	Finnland	-1'377
Bulgarien	15.0	Österreich	21.5	Finnland	-7.6	Belgien	-2.8	Spanien	11.9	Belgien	-1'178
Kroatien	15.0	Irland	18.7	Luxemburg	-3.4	Frankreich	-2.2	Malta	11.9	Frankreich	-780
Ungarn	15.0	Dänemark	16.7	Tschechien	-0.6	Tschechien	-0.3	Ungarn	11.8	Tschechien	-56
Slowakei	15.0	Finnland	12.9	Malta	0.1	Malta	0.8	Zypern	11.8	Malta	203
Niederlande	12.8	Rumänien	12.0	Estland	0.8	Slowenien	2.5	Portugal	11.5	Slowenien	577
Belgien	12.0	Tschechien	11.9	Zypern	1.1	Estland	2.9	Polen	11.4	Estland	604
Tschechien	11.3	Portugal	11.4	Slowenien	1.2	Italien	3.2	Slowakei	11.4	Ungarn	747
Schweden	9.0	Griechenland	10.1	Lettland	3.7	Zypern	5.0	Kroatien	11.2	Italien	939
Österreich	7.5	Ungarn	7.7	Litauen	4.2	Ungarn	5.1	Luxemburg	11.2	Polen	948
Litauen	6.8	Slowakei	5.1	Ungarn	7.3	Spanien	6.6	Slowenien	11.0	Rumänien	1'082
Lettland	5.3	Luxemburg	3.4	Slowakei	9.9	Polen	6.8	Griechenland	10.8	Zypern	1'256
Finnland	5.3	Bulgarien	3.3	Bulgarien	11.7	Litauen	8.8	Schweden	10.6	Litauen	1'503
Dänemark	4.5	Kroatien	2.9	Kroatien	12.1	Rumänien	9.4	Deutschland	10.4	Bulgarien	1'671
Slowenien	3.8	Litauen	2.6	Portugal	20.1	Portugal	9.5	Österreich	10.0	Spanien	1'751
Irland	3.0	Slowenien	2.6	Rumänien	21.0	Slowakei	10.5	Italien	10.0	Slowakei	1'816
Estland	2.3	Lettland	1.6	Griechenland	33.4	Lettland	12.3	Belgien	9.6	Lettland	1'927
Zypern	2.3	Estland	1.5	Polen	36.0	Griechenland	17.9	Dänemark	9.6	Portugal	1'956
Malta	0.8	Zypern	1.2	Italien	56.7	Bulgarien	19.2	Finnland	9.4	Kroatien	2'968
Luxemburg	0.0	Malta	0.7	Spanien	82.2	Kroatien	22.4	Frankreich	9.2	Griechenland	3'114
Total	751.3	Total	749.9	Total	0.0						

Nebst den Massnahmen, über die am EU-Gipfel vom 19. Juni 2020 entschieden wird, sind auch mehrere **nationale Regierungen** daran, ihre eigene Wirtschaft mit umfangreichen Konjunkturprogrammen zu stützen. Die nationalen Hilfen bestehen meistens aus staatlich verbürgten günstigen Unternehmenskrediten, Zahlungsaufschüben für Steuern, Liquiditätshilfen für Salär-Zahlungen und höhere Unterstützungen für Haushalte. Aber auch auf nationaler Ebene wird versucht, die Krise für einen staatlich finanzierten ideologischen Umbau der Wirtschaft zu missbrauchen, so auch in **Deutschland**:

Am 4. Juni 2020 gaben die Spitzen von CDU, CSU und SPD ein EUR 130 Mrd. Konjunkturpaket zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise bekannt. Im Wesentlichen sind folgende Massnahmen vorgesehen:

- Die Mehrwertsteuer soll für das zweite Halbjahr 2020 von 19% auf 16% bzw. von 7% auf 5% reduziert werden.
- Zur Entlastung bei den Stromkosten für Bürger und Unternehmen soll die EEG-Umlage ab 2021 abgesenkt werden.
- Bund und Länder gleichen für Kommunen Gewerbesteuerausfälle 2020 und 2021 hälftig aus.
- Familien erhalten einmalig EUR 300 pro Kind. (statt mit einer Überweisung sollen drei Raten bezahlt werden, was einen grossen Zusatzaufwand verursacht!)
- Besonders von der Krise betroffene Branchen sollen Überbrückungshilfen in Höhe von EUR 25 Mrd. erhalten.
- E-Auto-Kaufprämien sollen auf bis zu EUR 6'000 erhöht werden. Kaufprämien für Verbrenner soll es nicht geben.
- Der öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) und die Bahn sollen Finanzhilfen in Milliardenhöhe erhalten.
- Das sogenannte Zukunftsprogramm in Höhe von EUR 50 Mrd. soll u.a. folgende Bereiche fördern:

- 2 Mrd. zusätzlich für Künstliche Intelligenz.
- 2 Mrd. für Förderung des Quanten-Computings.
- 2 Mrd. für Förderung 5G/6G-Technologie.
- 5 Mrd. für flächendeckendes 5G-Netz bis 2025.
- 3 Mrd. für die Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG).
- 2.2 Mrd. "Innovationsprämien" für Elektroautos.

2 Mrd. Bonus-Programm für Autoindustrie zur Förderung neuer Technologien.
2.5 Mrd. für Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur, F&E Elektromobilität und Batteriezellfertigung.
1.2 Mrd. zur Förderung von E-Bussen/umweltfreundlicher Stadtverkehr.
5 Mrd. zusätzlich für die Bahn.
0.15 Mrd. für besseren Handyempfang in den Zügen.
1 Mrd. für die Umstellung auf Flugzeuge mit geringeren CO2-Emissionen.
1 Mrd. für die Förderung der Schifffahrt.
500 Mio. für ein Smart City Programm.
500 Mio. für das Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr.

Ein Vergleich dieses Konjunkturprogramms mit den «Next Generation EU»-Massnahmen zeigt weitgehende Übereinstimmungen oder Überschneidungen. Deshalb ist nicht klar, ob damit lediglich Gelder der EU über die staatliche Administration Deutschlands verteilt werden soll, oder ob Deutschland Massnahmen selbst finanziert, die sich andere Länder von der EU finanzieren lassen. Einige Massnahmen sind weder zeitlich begrenzt noch klar formuliert, weshalb neue Rechtsunsicherheiten beispielsweise den Autoabsatz sogar noch behindern könnten. Es gibt durchaus Stimmen, die die angekündigten Massnahmen für die Autoindustrie für ungenügend erachten und weitere Zuschüsse fordern. Dies könnte dazu führen, dass potentielle Autokäufer ihre Anschaffungen weiter verzögern, um zu einem späteren Zeitpunkt von noch höheren staatlichen Zuschüssen und Rabatten der Autokonzerne profitieren zu können.

Die Förderung von E-Mobilen erscheint zwar akzeptabel, aber nicht zielführend. Erstens betragen die Lieferfristen für viele E-Autos schon heute 6-8 Monate. Damit werden diese Fördermassnahmen keine kurzfristigen Impulse auslösen. Dazu kommen jedoch Lieferengpässe für Batterien, die nicht innerhalb nützlicher Frist behoben werden können. Und drittens bedeutet eine Umstellung der Autoproduktion von Verbrennern auf E-Mobile einen Personalabbau von rund 20%, denn der Bau von E-Mobilien erweist sich als weit weniger personalintensiv.

7. Die Finanzierung des EUR 750 Mrd.-Paketes

Von den EUR 750 Mrd. sollen **EUR 500 Mrd. in Form von Zuwendungen (Geschenken)** vergeben werden, die restlichen **EUR 250 Mrd. in Form von Krediten**. Um ausreichend Zeit für den Ausstieg aus der Corona-Pandemie zu haben, werden die Empfänger von Krediten erst ab 2028 Rückzahlungen leisten müssen. Die zuvor schon mit ESM-Geldern unterstützten Länder Griechenland (EUR 190 Mrd.), Irland (EUR 18 Mrd.), Portugal (EUR 27 Mrd.), Zypern (EUR 6 Mrd.) und Spanien (EUR 41 Mrd.) haben bis heute lediglich EUR 20 Mrd. abbezahlt. Sie werden ab 2022 in den Folgejahren weitere Amortisationen von EUR 265 Mrd. leisten müssen. Ab 2028 werden sich diese beiden Amortisationsprogramme für einige Länder kumulieren und damit eine hohe Belastung für die Staatshaushalte darstellen. Für die Zuwendungen bestehen keine Rückzahlungspflichten. Aber die EU verteilt Gelder, die sie zuvor am Kapitalmarkt geholt hat. Deshalb werden die nach dem Brexit verbliebenen 27 EU-Länder diese EUR 750 Mrd. dennoch tilgen müssen. Diese Rückzahlungen sollen in Form von höheren EU-Direktbeiträgen bereits 2021 beginnen. Das neue EU-Budget 2021-2027 war bereits mit dem Problem konfrontiert, dass der grosser Nettozahler, Grossbritannien, entfallen wird. Da die Brüsseler Bürokratie trotz des Ausscheidens Grossbritanniens **keine Sparmöglichkeiten im EU-Betrieb** ortet, müssen diese Einnahmenausfälle von den verbliebenen 27 EU-Ländern ausgeglichen werden.

Als Folge davon sollen die nationalen Direktbeiträge, die bisher auf maximal 1.2% des nationalen BIPs angesetzt waren, auf 1.4% erhöht werden. Dazu sollen nun weitere 0.6%

des BIPs als Corona-Aufschlag kommen. Somit würden ab 2021 jährliche EU-Beiträge in Höhe von 2% des nominellen BIPs fällig.

Wie lange dieser Aufschlag bezahlt werden muss und ob er am Ende der noch nicht definierten Frist, für andere Zwecke weitergeführt wird, ist in den EU-Darstellungen nicht weiter festgehalten. Es wird lediglich ausgeführt, dass der Zuschlag so lange bestehen bleiben soll, bis die Corona-Hilfen abbezahlt seien. In jedem Falle werden auch jene Länder, die Zuwendungen erhalten, bei deren Finanzierung miteinbezogen werden. Sie werden wie alle EU-Länder nationale Direktbeiträge abliefern müssen. Die übrigen 20% der EU-Einnahmen stammen bekanntlich aus anderen Quellen wie Zollerträge. Auch davon wird ein Teil aus den Empfängerländern der Zuwendungen stammen.

Aber die EU will **ihre Eigeneinnahmen auch mit neuen Steuern** erhöhen. So plant sie vier neue Einnahmequellen die **pro Jahr rund EUR 30 Mrd.** einspielen sollen.

- CO2-Emissionszertifikate-Handel mit geschätztem Zusatzertrag von EUR 10 Mrd.
- Spezialsteuer von Grosskonzernen, da diese übermäßig vom Single Market profitieren würden mit geschätztem Aufkommen von EUR 10 Mrd.
- Grenzausgleich für CO2-Ausstoss mit Ertrag von EUR 5 bis 14 Mrd.
- Digitalsteuer für Konzerne mit über EUR 750 Mio. Umsatz mit Ertrag von EUR 1.3 Mrd.

Diese Digitalsteuer wird wohl in den **USA Retorsionmassnahmen** auslösen. Sie ist auch ein typisches Beispiel für die Widersprüchlichkeit der EU-Politik. Einerseits will man in der Digitalisierung den Rückstand zu den USA und zu China aufholen, aber gleichzeitig strafft man jene Unternehmen mit neuen Steuern ab, die das Potential aufweisen, mit der Weltspitze mithalten zu können. Statt die Unternehmen zu entlasten, werden neue administrativ aufwändige Steuern eingeführt, die zudem zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Die EUR 750 Mrd. für das «Next Generation EU» Paket soll über den Kapitalmarkt mit Anleihen finanziert werden, die Laufzeiten von 3 bis 30 Jahren aufweisen sollen.

Die Ideen, die hinter diesen EU-Bonds stecken, sind folgende. Weil die EU-Länder gemeinsam für diese EU-Bonds über die Budgetbeiträge geradestehen, kann die EU zu günstigeren Konditionen Geld aufnehmen als dies einige Regierungen im nationalen Alleingang tun könnten. Mit Ausnahme von S&P (AA) beurteilen noch sämtliche Rating Agenturen die Schuldnerbonität der EU mit AAA. Deshalb erscheint diese Annahme plausible. Sollte aber eines Tages die Kreditwürdigkeit der EU in Zweifel gezogen werden, riskieren die EU-Länder, dass dann eine Kettenreaktion mit Abklassierungen vieler EU-Länder erfolgen wird. Für die EZB bedeutet die Emission von EU-Bonds, dass sie dann vor allem solche EU-Bonds und nicht mehr nationale «Junk»-Bonds erwerben wird. Die EU legt Wert darauf, dass EU-Bonds nicht mit Euro- oder Corona-Bonds gleichzusetzen seien. Schuldner sind nicht die einzelnen EU-Länder, weshalb auch keine Solidarhaftung besteht. Die EU haftet für die Anleihe, aber sie muss sich über Direktbeiträge der EU-Mitgliedsländer refinanzieren.

Da es sich nicht um eigentliche Euro- oder Corona-Bonds mit Solidarhaftung der einzelnen Länder handelt, so glauben die EU-Verantwortlichen, verstießen solche Bonds auch nicht gegen das Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtshofes. Die EU-Bonds seien nur temporäre Hilfsmassnahmen, weshalb auch keine Änderung des EU-Vertrages notwendig sei. Mit diesem Trick soll auch Deutschland der Weg geöffnet werden, an der gemeinsamen Verschuldung teilzunehmen, wie dies bereits beim Europäischen Rettungsschirms ESM/ESFS der Fall ist.

8. Die Verpolitisierung der EZB schreitet munter voran

Der europäische Kapitalmarkt könnte wohl das in Aussicht stehende hohe Emissionsvolumen an neuen Staatsanleihen und Supras (supranationale Institutionen wie die EIB oder der ESM) kaum ohne Zinserhöhungen bewältigen. Deshalb wird die EZB weiterhin in grossem Stil

Anleihen der EU-Staaten aufkaufen. Die Monetisierung von Staatsschulden ist schon längst Tatsache geworden, auch wenn dies die EZB-Verantwortlichen immer noch bestreiten. Die EZB hat Anleihen in einem überdurchschnittlichen Ausmass aufgekauft, um sie vor einem Aus zu retten. Die EZB steht heute voll im Dienste der Politik und verdient das Prädikat «unabhängig» schon seit Jahren nicht mehr.

Am 26. Mai 2020 warnte die EZB, dass einige der Eurozone-Länder einen nicht mehr tragbaren Schuldenberg anhäufen würden, sollte sich die Rezession länger als erwartet dahinziehen. Auch die Solvenz des Bankensystems, steht erneut zur Diskussion, vor allem jene, die über immer noch hohe Beträge an nicht bewältigten notleidenden Krediten verfügen. Gemeint sind vorab Banken in Griechenland, Zypern, Portugal und Italien. Sollte es zu Zahlungsausfällen bzw. -verzögerungen von Staatsanleihen kommen, würden die Banken in Südeuropa ebenfalls stark betroffen, weil diese hohe Positionen an Staatsanleihen ihrer Sitzstaaten in ihren eigenen Büchern halten. Die EZB wäre erneut gefordert.

Am 19. März 2020 kündigte die EZB an, sie plane Anleihensaufenkäufe von EUR 750 Mrd. um die Corona-Krise zu lindern. Am 4. Juni 2020 folgte Ankündigung eines weiteren Aufkaufsprogrammes in Höhe von EUR 600 Mrd. Sowohl Notenbankchefin Christine Lagarde als auch die deutsche Direktorin Isabel Schnabel sagten, sie wollten am bisherigen Kurs des "whatever it takes" festhalten und die europäische Wirtschaft, falls nötig, mit einer zusätzlichen Geldspritze stützen, ungeachtet des jüngsten Urteils des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Die EZB geht davon aus, dass die Corona-Pandemie die Eurozone in die schlimmste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt hat. Das Bruttoinlandsprodukt in der Euro-Zone dürfte gemäss EZB 2020 um 8.7% einbrechen. Noch im März hatten die Ökonomen ein Wachstum von 0.8% erwartet. Für die kommenden beiden Jahre wird mit einer spürbaren Erholung gerechnet: 2021 soll es zu einem Wachstum von 5.2% und 2022 zu 3.3% reichen. Bislang waren 1.3% und 1.4% vorausgesagt worden. Die schwere Krise dürfte auch die Inflation dämpfen. Für 2020 wird lediglich mit einer durchschnittlichen Teuerungsrate von 0.3% gerechnet. Bislang war die EZB von 1.1% ausgegangen. Offizielles Ziel der Käufe ist es weiterhin, die Inflationsrate in der Eurozone nachhaltig auf zwei Prozent zu erhöhen, auch wenn jeder weiß, dass es in Wirklichkeit darum geht, die Zahlungsunfähigkeit Italiens und anderer EU-Krisenländer abzuwenden und damit die Eurozone als Ganzes vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Mit 0.8% Inflation 2021 und 1.3% im Jahre 2022 dürfte das Inflationsziel der EZB von knapp 2% erneut verfehlt werden.

Trotz der höheren Staatsschulden soll die jährliche Belastung der nationalen Staatsbudgets mit Zinskosten von 2% im Jahre 2019 auf 1.6% bzw. 1.7% des BIP in den Folgejahren zurückgehen, was auf die Umschuldungen zurückzuführen ist, die immer noch zu Zinsen erfolgen können, die unter dem bis anhin bezahlten Durchschnitt liegen. Konkret bedeutet dies, dass der Zinsaufwand der EU-19 Staaten von EUR 194.4 Mrd. im Jahre 2019 auf EUR 185.2 Mrd. bzw. EUR 188.1 Mrd. zurückgehen wird, obwohl die Schulden in der gleichen Zeit um EUR 2'234 Mrd. ansteigen werden. Zu den Zinsen 2019 gerechnet, würden Zinszahlungen von EUR 200.5 Mrd. (2020) und EUR 208.5 Mrd. (2021) anfallen. Dank der Zinspolitik der EZB sparen die EU-Länder somit im laufenden und nächsten Jahr EUR 20.5 Mrd. an Zinskosten. Ein Zinsanstieg um 1% würde jedoch bedeuten, dass die Ausgaben im Budget um 2% ansteigen, die durch höhere Einnahmen, Einsparungen oder neue Schulden zu kompensieren wären.

Aber auch die EZB wird die Finanzprobleme der Problemländer nicht auf Dauer lösen können. Sie hat zwar schon zu Beginn der Pandemie, am 19. März 2020 ein Aufkaufsprogramm von Anleihen aller Art in Höhe von EUR 750 Mrd. bis Ende 2020 angekündigt (PEPP = Pandemic Emergency Purchase Program). Seither hat die EZB bis Ende Mai bereits Anleihen im Ausmass von EUR 680 Mrd. (etwa ein Drittel von dem, was die US-Fed in der gleichen Zeit in den Markt gepumpt hat) aufgekauft, womit diese Limite von EUR 750 Mrd. bereits in Griffnähe rückte. Deshalb hat sie am 4. Juni 2020 eine Aufstockung des Programms um EUR 600 Mrd. auf EUR 1'350 Mrd. und eine Verlängerung bis

Mitte 2021 angekündigt. Es ist wohl kein Zufall, dass dieser Betrag ziemlich genau den beiden Verschuldungsprogrammen der EU spricht, die sich am Kapitalmarkt mit insgesamt EUR 1'290 Mrd. refinanzieren will.

9. «Next Generation EU»-Hilfspaket mit viel politischem Sprengstoff

Obwohl die Krisenländer hohe Beträge an Gratisgeld erhalten, werden ihre Budgets bereits ab 2021 mit erhöhten EU-Beiträgen belastet werden. Wenn die Finanzierung wie dargestellt erfolgt, werden diese Erhöhungen **immerhin 0.8% des BIPs, bzw. rund 1.6% der Staatsausgaben** ausmachen. Die Staatshaushalte der EU-Länder entsprechen bekanntlich im Durchschnitt rund 50% des BIPs. Ab 2022 (für ESM-Kredite) und ab 2028 für Kredite des «Next Generation EU»-Topfs kämen dann noch Amortisationspflichten vor allem auf die Problemländer zu. Die Schuldenpandemie wird die Regierungen somit bereits in wenigen Jahren wieder einholen. Aus heutiger Sicht und wie die Erfahrung zeigt, werden die notwendigen Korrekturen des Euro-Währungssystems bis dann nicht erfolgt sein. Wettbewerbsstarke Exportländer wie Deutschland oder die Niederlande werden weiterhin von einem für sie zu schwachen Euro profitieren, während Südeuropa mit seiner überdimensionierten staatlichen Bürokratie und korrumpten Politik unter dem für sie zu starken Euro leidet. Alle Versuche der finanzstarken EU-Länder, die Problemregionen zu Reformen zu bewegen, haben bisher nicht gefruchtet. Im Gegenteil. Mit jedem Hilfspaket der EU wurden die Reformen weiter auf die lange Bank geschoben. Geldgeschenke ohne Reformauflagen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, ohne Entflechtung von nationalen Banken und Staatsfinanzierungen und ohne Ausschöpfung des Steuerpotentials im eigenen Land durch eine effiziente Steuerbehörde, sind nutzlos und sogar schädlich, weil sie zu weiteren Erpressungen führen. Statt Sparmassnahmen werden in Südeuropa neue Sozialwerke eingeführt. So hat Spanien die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens angekündigt. Dieses Projekt wird den Staat EUR 3 Mrd. pro Jahr kosten und rund 850'000 Familien begünstigen. Bis anhin hat noch keines der EU-Länder einen glaubhaften Plan vorgelegt, wie die neuen Schuldenberge über die Zeit abgetragen werden sollen. Offensichtlich hoffen viele Politiker immer noch, dass sich die Hilfsprogramme selbst finanzieren werden, indem die Teuerung einsetzt und die Schulden entwertet.

Das EUR 750 Mrd. «Next Generation EU»-Hilfspaket beinhaltet viel politischen Sprengstoff, denn nicht nur werden sich die Südländer damit nicht zufriedengeben. Bereits stehen neue Forderungen im Raum, wie die Direkteinlieferung von Staatsanleihen aus Emission an die EZB, die bisher über den Sekundärmarkt Anleihen kaufen musste. In Nordeuropa werden sich die Bürger früher oder später zusammenraufen und der Umverteilungspolitik der Brüsseler Eliten einen Riegel schieben. Dies Zeit könnte früher kommen als einige Politiker glauben. Die EU kann noch so viel Geld zur Ruhigstellung der südeuropäischen Länder aufwenden. Damit löst sich das Grundproblem der EU nicht, nämlich, dass die EU mit der Schaffung des Euros und der EZB eine Einheitswährung über einen sehr heterogenen Wirtschaftsraum gestülpt hat, der weder auf die unterschiedlichen Strukturen (Tourismusländer, Assembly Länder wie Autoproduktion, Agrarländer) noch die auseinanderklaffende Wettbewerbsfähigkeit, noch auf die unterschiedlich hohe Staatsverschuldung und Beteiligungsquoten am Arbeitsmarkt Rücksicht nimmt. Statt eine Aufspaltung des Euros und die dazu notwendigen Begleitmassnahmen durchzudenken, versucht die Politik nun mit einem weiteren Schritt in Richtung Fiskal- und Transferunion dieses fundamentale Problem zu lösen.

Viele EU-Politiker fühlen sich derzeit fest im Sattel, weil die Umfragewerte der meisten Regierungen im Zuge der Corona-Pandemie angestiegen sind. Sie haben offensichtlich schon vergessen, dass 2010 die Finanzkrise und die Frustration vieler Bürger über die Unfähigkeit der Politik eine erste Welle meist rechtsorientierter Anti-EU-Parteien (Syriza, Fünf Sterne, Podemos, AfD) auslöste. Einige davon sind heute allerdings selbst zu einem Teil des Parteieneinstablisments geworden, indem sie in den Regierungen Einsatz nahmen. Mit den neusten Hilfsprogrammen wurde lediglich etwas Zeit gekauft, um die Unzufriedenheit weiter

Bevölkerungskreise unter dem Deckel zu halten. Die wirtschaftlichen Probleme Südeuropas werden damit aber nicht gelöst, zumal viele von ihnen stark vom Tourismus abhängig sind. Dies trifft insbesondere für Kroatien, Italien, Spanien, Portugal aber auch auf Frankreich zu.

Eine zweite politische Welle nach rechts, könnte deshalb nach dem Abklingen der Pandemie einsetzen, wenn viele von der Corona-Krise Betroffene glauben, sie hätten von den Hilfspaketen zu wenig profitiert oder weil sie immer noch arbeitslos sind. Die globalen Politrends laufen ohnehin in die Richtung der rechten Parteien, die sich gegen die Globalisierung stellen und stattdessen eine erhöhte Selbstversorgung inkl. Nationalismus mit kontrollierter Personenfrei-zügigkeit und Schutz national wichtiger Unternehmen vor feindlichen Übernahmen durch aus-ländische (Staats)konzerne befürworten. Letzterer ist in Deutschland, Italien und Österreich bereits auf der politischen Traktandenliste angekommen. Die Gefahr eines Rechtsrutsches ist in Südeuropa besonders akut, denn die Finanznot wird die südeuropäischen Regierungen zu Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zwingen. Diese könnten Proteste auf breiter Front provozieren. Auch in Nordeuropa könnte der Zulauf nach rechts wieder ansteigen, weil die Umverteilung nach Südeuropa als ungerecht gegenüber der fleissigen und sparsamen Be-völkerung empfunden wird.

Die Kombination von Fiskal- und politischen Risiken wird einmal mehr die Daseinsberechti-gung des Euros und der EU infrage stellen. Ob der Euro eine zweite noch stärkere Welle der Anti-EU-Bewegungen überstehen wird, wird immer fraglicher.

Noch ist das EUR 750 Mrd. Projekt nicht unter Dach und Fach, denn vier Länder, die neuerdings als «Sparsamen Vier» bezeichneten Österreich, Niederlande, Schweden und Dänemark, stellen sich (vorerst noch) dagegen. Für die Verabschiedung des Paketes wird am 19. Juni 2020 am Gipfel des EU-Rates (der Staats- und Regierungs-chefs der EU-Mitgliedsländer) Einstimmigkeit vorausgesetzt. Deutschland, einst der Stabilitätsanker der EU, gehört nicht mehr zu den «Sparsamen Vier». Nicht nur im eige-nen Lande, auch international hat die Regierung Merkel unter dem Einfluss der Soziali-listen jegliches Gespür für die Finanzdimensionen ihrer Spendieraktionen verloren. So-lange die Einnahmen die Ausgaben im deutschen Staatshaushalt übersteigen, so glaubt wohl die Kanzlerin, könne sich Deutschland neue dauerhafte Sozialausgaben und inter-nationale Hilfsaktionen in unbegrenztem Ausmass leisten. Das «Next Generation EU»-Projekt wird wegweisend für die künftige Entwicklung der EU sein, denn damit würde die EU den nächsten Schritt zu einer Fiskalunion unternehmen. Sie wird aber auch zu einer Transferunion mutieren, einerseits über die Amortisation der Zuwendungen an die Corona-Opfer-Länder, andererseits über den neuen EU-weiten Arbeitslosenfonds. Über das erhöhte Budget wird die EU künftig auch verstärkt in die nationale Politik eingreifen, weil mit diesen Geldern die ideologischen Vorstellungen der EU-Politelite auf nationaler Ebene mitfinanziert werden. Sollte es zu einer zweiten Pandemiewelle und zu einem nochmaligen Lockdown der Wirtschaft kommen, werden die bisher gesprochenen Kon-junkturhilfen der EU nicht ausreichen. Die Steuerzahler werden noch stärker zur Kasse gebeten werden. Aber auch ohne neue Hiobsbotschaften ist noch lange nicht garantiert, dass die Milliardenpakete die Wirtschaft wieder in Schwung bringen werden, denn das meiste Geld wird erst in einem bis zwei Jahren, wenn überhaupt, beschäftigungswirk-sam bzw. zu einer Konjunkturerholung führen.

11. Juni 2020 Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat SVP, Wettswil